

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1930

17.12.1930 (No. 344)

Badischer Beobachter

Bezugspreis: Monatlich 2.50 Mk. frei ins Haus, 2.70 Mk. bei der Geschäftsstelle abgeholt. Nr. 2.80 durch die Post ohne Zustellgebühr. Einzelnummer 10 Pfg., Samstags und Sonntags 15 Pfg. Abbestellungen nur bis 20. auf den Monatschlag. Im Falle höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Fortsetzung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Hauptorgan der badischen Zentrumspartei
Erscheint 7 mal wöchentlich als Morgenszeitung
Beilagen: Zahl u. Willen, Frauenrundschau, Wäcker für den Familienhaushalt, Was der kathol. Welt, Sportbeilage, Deutsche Jugendkraft, Illustrierte Wäcker, Geschäftsstelle, Redaktion u. Verlag: Steinstr. 17-21, Fernspr.: Geschäftsstelle 0235, Redaktion 0236, Verlag 0237. Druckadresse: Beobachter, Postfachkonto Karlsruhe 4844

Anzeigenpreis: Die 10 gespaltene 27 mm breite Millimeterzeile im Anzeigenteil 10 Pfg., auswärts 12 Pfg., für Gelegenheitsanzeigen 8 Pfg., die 3 gesp. 27 mm breite mm-Zeile im Reklameteil 60 Pfg. Rabatt nach Tarif. Bei Zahlungsschwierigkeiten, zwangsweiser Einreichung oder Konkurs kommt der Rabatt in Wegfall. Schluss der Anzeigenannahme 3/4 Uhr - Erfüllungsort und Gerichtsstand in Karlsruhe

Nr. 344 (12 Seiten)

Karlsruhe, Mittwoch, den 17. Dezember 1930

68. Jahrgang

Die Gefahr des Steuervereinheitlichungsgesetzes

Die Bayerische Volkspartei gegen eine weitere Beeinträchtigung der Länderrechte

München, 16. Dez. (Eigene Meldung.) Die Bayerische Volkspartei-Korrespondenz verbreitet über das Ergebnis der heutigen Sitzung der Landespartei der Bayerischen Volkspartei eine offizielle Verlautbarung, in der gesagt wird, daß sich die Sitzung mit der durch den Erlass der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 1. Dezember ds. Jrs. geschaffenen Lage befaßt hat. Weiter heißt es in der Verlautbarung: Die völlig einmütige Auffassung aller in diesem Gremium vertretenen Exponenten der Partei geht dahin, daß die vom Vorliegenden der Reichstagsfraktion, Abg. Reich, am 6. Dezember im Reichstage geforderten politischen und parlamentarischen Schritte vorbereitet und mit aller Entschlossenheit durchgeführt werden müssen. Die Bayerische Volkspartei ist entschlossen, vor allem den Kampf gegen das Steuervereinheitlichungsgesetz durchzuführen, weil es einen Kampf um die Lebensrechte der Länder darstellt.

Bekanntlich haben auch die badischen Reichstagsabgeordneten des Zentrums dieselben Befürchtungen ausgesprochen.

Die Anleihenkontrolle der Gemeinden

Dr. Sch. Berlin, 16. Dez. (Eig. Drahtber.)

Nachdem die Einzelheiten über die Anleihenkontrolle der Kommunen bereits im wesentlichen bekannt geworden sind, wird nunmehr auch der Wortlaut der Richtlinien für das Schulwesen der Gemeinden bekanntgegeben. Danach dürfen Anleihen und Darlehen von Gemeinden nur für außerordentliche Bedürfnisse und im allgemeinen nur für verbundene Zwecke aufgenommen werden, wenn ihre Rückzahlung gesichert ist. An dem Prinzip des Genehmigungsverfahrens durch die Landesregierung wird festgehalten und eine Ausnahme bilden nur Kassenkredite, die im Inland gewährt werden. Der Reichsfinanzminister hat das

Recht, der Befürwortung durch den Kreditausschuß zu widersprechen. Die Länder sind nicht verpflichtet, ihr Plazet zu versagen, wenn der Kreditausschuß die Schuldenaufnahme nicht befürwortet oder eine Einigung mit dem Reichsfinanzminister nicht stattgefunden hat. Für die Auslandsanleihen bleibt es bei der bisherigen Regelung. Nur einige Änderungen treten in Kraft: Die Prüfung des Verwendungszweckes findet nicht mehr statt, wenn die das Gutachten einholende Landesregierung erklärt, daß er den Anforderungen der Richtlinien entspricht. Die Beratungsstelle muß den Antrag einer Landesregierung auf Erstattung eines Gutachtens binnen 2 Wochen erledigen. Der Beratungsstelle treten für die Beratung von Anleiheanträgen u. v. der Gemeinden als stimmberechtigte Mitglieder zwei von kommunalen Spitzen- und Fachverbänden zu bestellende Finanzfachverständige bei. Wenn drei Mitglieder gegen einen Antrag auf Befürwortung, eines Anleiheantrags stimmen, gilt der Antrag als abgelehnt.

Curtius in Königsberg

Königsberg, 16. Dez. Reichsminister Dr. Curtius, der beim Oberbürgermeister Dr. Lohmeyer abgestiegen ist, während die Begleitung im Parkhotel Wohnung genommen hat, fand sich mit dem Oberbürgermeister um halb 11 Uhr im alten Rathaus ein, wo sie die maßgebenden Wirtschaftsexperten der Provinz bereits erwarteten, unter ihnen die Handelskammerpräsidenten Ostpreußens, ferner der Präsident der Handelskammer für Ostpreußen. Der Minister ließ sich über die wirtschaftlichen und sonstigen Verhältnisse Ostpreußens eingehend unterrichten. Nachmittags um 5 Uhr wird mit Vertretern der Wirtschaft und der Parteien ein avangiertes Zusammenkunft stattfinden, das Gelegenheit zu persönlicher Hilfsnahme geben wird. Der Minister wird bereits heute abend wieder nach Berlin zurückkehren.

Deutsches Inferno

* Der Berliner Vertreter der „Neuen Zürcher Zeitung“, der vor einiger Zeit einen kurzen Urlaub in der Schweiz brachte, berichtet in seinem Blatt über die Eindrücke, die er nach seiner Rückkehr nach Berlin empfing. Der Artikel, der an der Spitze des Blattes erschien, trägt die Überschrift: „Die Reaktion in Deutschland“ und ist in mehr als einer Hinsicht interessant. Nicht zuletzt zeigt er, wie schnell selbst ein biederer Schweizer in dem „Sündenbabel“ Berlin von Massenparolen befangen werden kann. Auf der anderen Seite enthält der Artikel derartig wichtige Beobachtungen, daß seine Lektüre nur abkühlend und ernüchternd wirken kann. Der Filmkrieger um Remarques „Im Westen nichts Neues“ hat bekanntlich die Fieberkurve des deutschen Volkes beängstigend ansteigen lassen.

Also zu all den schon vorhandenen wilden Parteikatechereien, führt der Schweizer Journalist aus, auch noch Filmkrieg! Statt daß einfach die Leute nicht in die Filmvorführungen gehen, die ihrem politischen Gemütszustand nicht zuzugewandt sind. Es ist eine wahrhaft gotteserbärmliche Sache, wie gereizt und gespannt man heute gegenseitig in Deutschland ist. Das merkt man besonders wieder, wenn man, wie Schreiber dieses, von einem kurzen, schönen Aufenthalt in der Schweiz nach Deutschland zurückkehrt und sich aus einem Paradies des Friedens in ein Inferno der Zwietracht versetzt fühlt. In Deutschland gemessen, leben die Schweizer nach unseren Begriffen auf einer Insel der Seligen, was sie vielleicht selbst nicht ganz zugeben werden.

Es weht ein reaktionärer Wind durch die deutsche Republik als Gegenstoß gegen die linksradikalen Vorstöße, die auf kulturpolitischem Gebiete voraufgingen, im Schulwesen, in Theater, Kunst und Literatur. Man erinnere sich nur der Piscator-Bühnen-Aufführungen oder der Großsächsischen Zeitungen mit dem Christus, der in Gasmaske und Militärfäusteln am Kreuze hängt, mit der Aufschrift: „Maul halten und weiter dienen!“ sowie der granatenbeidenden Priester usw.

Es ist vornehmlich das Zentrum, das sich mit steigender Schärfe gegen „die Verletzung der christlichen Grundlagen des Staates und der Familie“ wendet, wie sie sich in wachsendem Maße allgemach in der Republik bemerkbar mache. Mit dieser Auffassung findet das Zentrum bei den übrigen bürgerlichen Parteien rechts und in der Mitte Zustimmung, besonders bei den alten Konservativen, mit einiger Einschränkung auch bei den früheren gemäßigt bürgerlichen Liberalen, um so mehr, als ein Wiedererleben des kirchlichen Lebens auch im Protestantismus nicht zu verkennen ist. Diese Erstarkung des christlichen Bewußtseins tritt, sich aufbauend gegen den radikalen Materialismus, in die Erscheinung.

Es gebe in Deutschland Leute, die so tun nach dem alten chinesischen Militärkommando: „Schneide grimme Gesichter, damit der Feind erschrickt!“ Und solche, die diesem Unfug durch ihre wirkliche oder geheuchelte Angst ein unverdientes Relief verleihen. Aber es gibt in Deutschland eine wachsende Strömung, die in der Innenpolitik aus der sozialistischen Vorherrschaft heraus will und in der Außenpolitik auf Revision der Verträge drängt und beides von einer konservativen oder sei es selbst reaktionären Republik erhofft.

So ungefähr sieht der Schweizer Journalist das derzeitige deutsche Krankheitsbild. Man sollte es in der Tat nicht für möglich halten, daß in einer Zeit, wo 37 Millionen unerschuldeter feiern müssen, ein ganzes Volk wegen eines Filmes in Ekstase gerät und vernünftige Stimmen wenigstens zur Zeit sich noch nicht durchsetzen können. Der Großteil des Volkes sieht auch heute noch nicht, was gespielt wird.

Die Sache ist doch so, daß die Nazis an und für sich berechnete Beanspruchungen an dem Kriegsfilm zum längst gesuchten Anlaß nahmen, um in die deutsche Jugend, die die Details des modernen Maschinen- und Gasrieges nicht mehr erfahren hat, das Gift einer unwahren Kriegseromantik einzuträufeln.

Ein germanisches Seminar an der Sorbonne

Um Verständnis für die deutsche Kultur in weitere Volkskreise Frankreichs zu tragen

Paris, 16. Dez. An der Pariser Universität wurde heute das Institut für das Studium der deutschen und im weiteren Sinne der germanischen Kultur offiziell seiner Bestimmung übergeben. Dieses Institut hat sich entwickelt aus dem schon seit längerer Zeit an der Sorbonne bestehenden germanistischen Seminar von Henry Lichtenberg, der auch die Leitung des neuen Instituts übernimmt. Bei der heutigen Eröffnungsfeier begrüßte der Rektor der Pariser Universität den deutschen Vorkämpfer v. Sösch als Kulturträger und den geistigen Mittler. Poincaré hat den Vorsitz der Veranstaltung übernommen, war aber durch seine Krankheit am Erreichen verhindert und ließ deshalb seine Rede vorlesen. In sämtlichen Ansprachen kam zum Ausdruck, daß das Institut berufen sei, das Verständnis für die deutsche Kultur in weitere Volkskreise zu tragen. Das Institut will sich nicht nur auf rein literarische Aufgaben beschränken, sondern durch einen lebendigen Meinungsaustausch der führenden Geister Deutschlands und Frankreichs das gegenseitige Verständnis zu fördern suchen. Der Gedanke, daß eine Verständigung zwischen den beiden Völkern geboten sei, kam sowohl in der einleitenden Ansprache von Prof. Lichtenberg wie auch in allen übrigen Reden zum Ausdruck. Senator Honorat verlas die Ansprache Poincarés, in der er ausführte, daß das bessere Verstehen der geistigen Struktur anderer Völker und besonders des deutschen Volkes den Franzosen eine bessere Einsicht in die vielen eigenen Züge verschaffen werde. So werde man zu einer „Entente Resilicite“ Deutschland und Frankreich später zu einer Gemeinsamkeit ihrer Kultur gelangen.

Besserung im Befinden Poincarés

Paris, 16. Dez. Poincaré wurde im Laufe des Nachmittags von Professor Mario gründlich untersucht. Der Arzt erklärte beim Verlassen der Wohnung, es sei eine merkwürdige Besserung eingetreten und der Zustand des Kranken sei befriedigender.

Senator Barthou, der Frau Poincaré einen Besuch abgestattet hatte, erklärte beim Verlassen der Wohnung, der Zustand Poincarés gehe der Besserung entgegen; es handle sich wieder um einen Schlaganfall noch um eine Krämie-Krise.

Der Erbe der Krone Frankreichs heiratet

Paris, 16. Dez. (Eig. Ber.) Wie der „Figaro“ vernimmt, wird demnächst der Graf von Paris seine Cousine, die Prinzessin Niobella von Orleans-Proganz, heiraten. Der Graf



Ke'n fremder Sold'1 mehr auf d. utschem Boden!

Die letzte Fahnenparade des „Reichsheeres“, der jetzt endlich das Saargebiet verließ.

Diese Leute hoffen nichts mehr als eine wahrheitsgetreue Schilderung von Einzelheiten des letzten Krieges. Der fürchterliche Ernst des modernen Krieges soll tatgeschwiegen werden zu Gunsten eines fittigen Soldatenideals, das auf Köhnen und andere Vertreterinnen des zarten Geschlechts wie einstens im Monat Mai abgestimmt ist. Einig ist man in allen nüchternen Kreisen, daß das deutsche Volk es sich endlich verbitten kann, daß seine Vertreter immer nur die Bier und Sauerkraut vertilgenden Schwergewichtler sind, während der französische und englische Soldat der elegante und bewegliche Vertreter einer Idee darstellt. Auch dieser Ritz sollte allmählich von der Bildfläche verschwinden. Insofern hätte ein würdiger Protest in der Welt nur imponieren können. Der Mißbrauch durch die Nazis machte ihn jedoch wertlos und verstimmt.

Wenn auf der andern Seite die linksdemokratische und sozialistische Großpresse von einer „berlärenen Marne-Schlacht der Republik“ wegen des Verbotes schreibt, oder gar von einer deutschen Dreyfußaffäre, so sind solche Äußerungen lediglich als Ausbrüche der großstädtlichen Papageienkrankheit zu werten. Das Schicksal der

Republik entscheidet sich in den kommenden Jahren auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik!

Nur Nicht-Nazis sind zur Stunde in Deutschland imstande, einzusehen, daß es natürlich eine Unmöglichkeit ist, wenn ausgerechnet der notariische Heimkrieger Göttsch in Berlin die Furie des Frontsoldaten entfesseln will. Oder wenn der deutschnationale Abgeordnete Bäder, ebenfalls ein leidenschaftlicher Heimkrieger, als Richter in der Oberfilmprüfstelle den Scharfmacher spielte. Aber über den Geschmack läßt sich ja streiten.

Unbestritten aber ist die Tatsache, daß die heutige seelische Verfassung weiter Kreise des deutschen Volkes kein Ehrenzeichen für uns ist. Das Bild vom deutschen Jungen sollte aufrütteln. Wenn England mit seinem hohen Lebensstand schon seit Jahren eine schwere Arbeitslosigkeit ohne Nationalsozialismus in Würde erträgt, sollte dies bei uns auch möglich sein. Oder hat die bürgerliche und proletarische Freigeisterei der verflochtenen zwei Jahrzehnte dem deutschen Volke all seinen sittlichen Heroismus aus den Knochen gefogen?

dur erdort. Obermagistratsrat Knaut gab das Gutachten des handelnden Arztes wieder, nach dem ein Verschulden der Anstaltsleitung unmöglich vorliegen könne. Sehr befallend für die Mißstände in Scheuen war das Zeugnis des Erziehers Heemann, der in den letzten Wochen von Straubes Amtstätigkeit nach der Revolte als Praktikant nach Scheuen beordert worden war. Zu seinem Entsetzen, so sagte er aus, seien die Jugendlichen in Scheuen mit Gummitruppen, die teilweise mit Blei gefüllt waren, und auch mit Keulen umhergelassen. Sein Eindruck über Straubes Verhalten war äußerst ungünstig. Der Direktor habe es nach seiner — des Zeugen — Meinung feilschaft verstanden, so zu tun, als ob er mit der ganzen Revolte nichts zu tun gehabt hätte. Dabei habe er sich unzweifelhaft Verfehlungen zuschulden kommen lassen. So habe er einem Jungen einen Anzug gestohlen, weil er bei der Revolte beim Zuschlagen so tüchtig gewesen wäre. Ein andrer Mal soll Straube einem Jungen mit der Hundepolizei traktiert haben. Alle diese Vorfälle hätte der Erzieher bei einer Zusammenkunft mit Frau Weyl im Mai mit ihr besprochen. Frau Weyl soll äußerst entrüstet gewesen sein, aber sie habe nicht, wie der Anzeiger es behauptet hatte, den Zeugen gebeten, nur ihr persönlich und nicht dem Landesjugendamts Berichte über diese Mißstände zu geben.

Als Sachverständiger wurde Prof. Dr. Bondy, der Direktor des Jugendgefängnisses in Eisenach, gehört. Nach seinen Bekundungen habe Scheuen in fast jedem seinen guten Ruf. Straubes Vorgehen sei im Sinne der modernen Pädagogik unbedingt abzulehnen.

Die spanische Regierung über die Lage

Madrid, 16. Dez. Das Ministerium des Innern gibt folgende Mitteilung über die Lage aus: Die Regierung unterhält normale Verbindungen mit den Provinzregierungen. In San Sebastian besuchte eine Gruppe von Arbeitern das Regierungsgebäude zu stürmen, wobei zwei Gendarmen getötet und fünf verletzt wurden. Auch mehrere Angreifer wurden verletzt. In Santander versuchte eine Gruppe von Zivilisten die Kaserne zu stürmen, der Angriff wurde jedoch von den Truppen zurückgeschlagen, wobei zwei der Angreifer getötet wurden. In mehreren Städten zweiten Ranges versuchte man den Generalstreik zu organisieren, was jedoch nur teilweise gelang. Die Bewegung hat einen revolutionär-kommunistischen Charakter. Sie wird von bekannten Agitatoren geleitet. Weber das Volk noch die Arbeiter in den trügerischen Angaben und Versprechungen der revolutionären Gelehrten. Die Ordnung ist in ganz Spanien aufrechtzuerhalten und die Regierung hofft auf die Hilfe der öffentlichen Meinung, damit sie den unfruchtbaren und bedauerlichen Machtspielen noch heute ein Ende machen kann.

Lagore auf der „Europa“

Newport, 16. Dez. Der indische Dichter Lagore hat sich auf dem deutschen Riesen-Dampfer „Europa“ eingeschifft, um nach Europa und von dort aus weiter nach Indien zu reisen.

Nationalsozialistische Spielsachen für unsere Kleinen

Bekanntlich hat der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Dr. Frank, der bisherige Vorsitzende im Rechtsausschuß die Freiheit gehabt, von dem Zentrum zu behaupten, es treibe mit der katholischen Religion Schindluder und mißbrauche sie zu schmutzigen politischen Geschäften. Das Zentrum sich weigert, fernherhin unter dem Vorhitz dieses Mannes im Ausschuß zu arbeiten, ist einfach selbstverständlich. Der Vorwurf ist unerschämter. Man braucht weiter darüber nicht zu diskutieren. Eine Partei, die auf ihre Ehre hält, kann unter solchen Umständen nicht anders handeln, als das Zentrum tut.

Nun aber ein anderes! Wie im Nationalsozialismus die Politik mißbraucht wird, um Geschäfte zu machen, das beweist folgendes Inserat im „Völkischen Beobachter“ Nr. 298:

Nat.-sozialistische Spielsachen! Spielzeug in S.M.-Uniform, Schachtel mit 12 St. M. 2,30, mit 24 St. inkl. Postkarte M. 4,- (starke Ausführung). „Parlamentarismus“, nat.-sozial. Unterhaltungsspiel M. 1,90, nat.-sozial. Segelschiffchen M. 1,90, usw. Preisliste gratis.

Im redaktionellen Teil finden sich zum Ueberflus noch eine Besprechung und ein Hinweis wegen dieser Spielsachen, die schon die Kinderstube mit Parteipolitik — und zwar mit nationalsozialistischer — vergiften will. Man weiß hier wirklich nicht, wer geschmacklos profitlicher ist: der Geschäftsmann, der die gute politische Konjunktur benützt, um ein Weihnachtsgeschäft mit Parteipolitik in der Kinderstube zu machen, oder der nationalsozialistische Politiker, der von einem solchen üblen Gebaren politisch etwas profitieren will. Denn daraus, daß so etwas aus erheblichen Gründen verwerflich ist, besteht nicht der geringste Zweifel.

Merding's zeigt sich hier wieder einmal, daß jene recht haben, die sagen, der nationalsozialistische Antisemitismus habe diese Leute nicht davon ab, gerade jene Geschäftspraktiken in Politik und Geschäft hineinzutragen und für sich auszunutzen, die sie sonst dem Zudatum vorwerfen. Hier haben wir wieder ein sprechendes Beispiel dafür. Kein Diktator könnte in der Tat feindlicher sein, als sich hier der Nationalsozialismus erweist.

Polizeiaktion gegen die Birmaleser Kommunisten

Die Gewehre des sog. Arbeiterschützenvereins beschlagnahmt

Birmales, 16. Dez. Die Regierung der Pfalz hat heute eine umfassende Aktion gegen die kommunistischen Unruhrer in Birmales eingeleitet. In den ersten Vormittagsstunden erschienen plötzlich mehrere Autos mit Landespolizei, insgesamt rund 20 Mann, die aus der ganzen Pfalz zusammengezogen waren. Die Schupo wurde sofort in verschiedene Gruppen eingeteilt und zu Hausdurchsuchungen bei verdächtigen Personen ausgeschickt.

Im Zusammenhang damit wird von amtlicher Stelle erklärt: Gerichtliche und polizeiliche Untersuchungen haben bei Anhängern der kommunistischen Partei in Birmales Vorgänge festgestellt, die eine ernste Gefahr für die öffentliche Sicherheit bedeuten. Es sind Sprengkörper gefunden worden, die offenbar zu verbrecherischen Angriffen bestimmt waren. Die kommunistische Arbeiterschützenwehr hielt regelmäßig Übungen mit Handgranatenwerfen (Übungshandgranaten) ab. Der Arbeiter-Schützenverein sorgt für die Schießausbildung. Beide Organisationen setzen sich zum weitläufig überwiegenden Teil aus früheren Mitgliedern des aufgelösten Rotfrontkämpferbundes zusammen und stellen seine Fortsetzung dar. Wegen dieser Vorgänge hat die Regierung der Pfalz die beiden Vereine als Nachfolgeorganisationen des verbotenen Rotfrontkämpferbundes für verboten und aufgelöst

erklärt. Zur Vermeidung von Unruhen bei der Durchführung dieser Maßnahmen hat der Stadtkommissar alle öffentlichen Versammlungen, Umzüge und ähnliche Veranstaltungen der Kommunisten und Erwerbslosen bis auf weiteres verboten.

Von den Streifen der Landespolizei, die heute den ganzen Vormittag mit Autos durch die Stadt fuhren, sind in der Hauptsache die Materialien der beiden Organisationen beschlagnahmt worden, vor allen Dingen die Gewehre des Arbeiterschützenvereins.

Das Urteil im „Keinen Bombenleger-Prozess“

Altona, 16. Dez. Das hiesige Schwurgericht hat heute im sogenannten „Keinen Bombenleger-Prozess“ folgendes Urteil gefällt:

Dr. Hellmann wird zu 5 Jahren und 1 Monat und von Wilanowicz-Moellerdorf zu 5 Jahren Zuchthaus, Sambrodt zu 1 Jahr Gefängnis (unter Anrechnung von 7 Monaten 3 Wochen Untersuchungshaft), Roeger zu 150 RM. Geldstrafe (anstelle von 1 Monat Gefängnis) und Ammermann zu 200 RM. Geldstrafe (anstelle von 2 Monaten 2 Wochen Gefängnis) verurteilt. Koch erhält wegen Beihilfe 1 Jahr Gefängnis (unter Anrechnung von 2 Monaten 2 Wochen Untersuchungshaft).

Das Heiligabend-Gesetz in diesem Jahre noch nicht wirksam

Es bleibt nochmals bei den Vorkehrungen des vorjährigen Gesetzes

Berlin, 16. Dez. Am 11. Dezember 1930 hat der Reichstag ein Initiativgesetz beschlossen, durch welches das im Vorjahre erlassene Gesetz über den Geschäftsverkehr am 24. Dezember Abänderungen erfährt. Während nach dem geltenden Gesetz die öffentlichen Verkaufsstellen am Heiligabend im allgemeinen nur bis 5 Uhr nachmittags geöffnet sein dürfen, aber für Lebensmittel, Genussmittel, und Blumen-Geschäfte der Ladenschluß erst um 6 Uhr zu erfolgen braucht, soll diese Ausnahme künftig nur für Blumen-Geschäfte gelten und der 5 Uhr-Schluß auch auf Apotheken ausgedehnt werden, die keinen Nachdienst haben. Außerdem wird ausdrücklich verboten, nach dem Geschäftsverkehr Arbeitnehmer länger als eine halbe Stunde zu beschäftigen, und zwar werden während dieser Zeit nur das Juwelierbedienen der Kundenschaft und Aufräumungsarbeiten zugelassen. Sodann führt das Gesetz einen Geschäftsverkehr auch der Gaststätten ein, die am Heiligabend um 7 Uhr geschlossen werden müssen, wobei die Landesbehörden Ausnahmen für die Beherbergung und Verpflegung nicht ortsanfängiger Personen zulassen können.

Am Donnerstag wird der Reichstag darüber zu befinden haben, ob er gegenüber diesem vom Reichstag beschlossenen Gesetze von seinem Einspruchsrecht Gebrauch machen will. Auch wenn er dies nicht tut,

wird das Gesetz in diesem Jahre noch nicht wirksam werden, da eine Vorschrift über das sofortige Inkrafttreten des Gesetzes fehlt.

Ohne eine solche Vorschrift aber tritt ein Reichsgesetz erst mit dem vierzehnten Tage nach dem Tage der Ausgabe des Reichsgesetzblattes in Kraft, im vorliegenden Falle also erst nach Weihnachten. Daher bewendet es in diesem Jahre bei den Vorschriften des vorjährigen Gesetzes. Allgemeiner Ladenschluß um 5 Uhr, Ladenschluß der Lebensmittel-, Genussmittel-, und Blumen-Geschäfte um 6 Uhr, keine reichsrechtliche Beschränkung der Gast- und Schankwirtschaften. Jedoch ist zu hoffen, daß auch in diesem Jahre eine schon früher beobachtete Übung Platz greifen wird, wonach zahlreiche Gastwirtschaften aus freien Stücken zu einer früheren Stunde schließen, oder doch mindestens ihre verheirateten Angestellten früher entlassen. Auch haben schon vor dem Reichstagsbeschluß die zuständigen Reichsministerien Schritte getan, um tarifliche Vereinbarungen der Gastwirte und Gastwirtsgehilfen zu fördern, in denen eine solche Regelung vereinbart wird, wie denn auch der Abschluß solcher Vereinbarungen bereits bekannt geworden ist.

Ferner haben sie den Landesregierungen nahegelegt, soweit solche Vereinbarungen nicht zustandekommen, von der Möglichkeit einer früheren Festlegung der Polizeistunde auf Grund des Gaststättengesetzes Gebrauch zu machen.

Die Vorfälle in Scheuen

Berlin, 15. Dez. (Sig. Meld.) In der Beweisaufnahme des Prozesses um die Vorgänge in Scheuen, den die Stadträtin Wehl gegen den Rektor Dr. Freistadt der „Berlin am Morgen“ angestrengt hat, sagte heute der kommunistische Landtagsabgeordnete Deier aus, Direktor Straube habe ihm selbst zugegeben, daß er vor längerer Zeit mit Zustimmung der Frau Wehl Gummitruppen besorgt habe, mit denen am Tage der Revolte die Jugend teilweise bewaffnet wurde. Erst auf direkte Fragen bezüglich seines Verhanges in der Anstalt nach Hoffmann habe Direktor Straube diesen tranken Jungen zu ihm geschickt. Hoffmann erzählte, daß er verprügelt worden wäre, bis die Striemen aufgelegt seien. Dann wurde ihm Satz in die Wunden gestreut. Nach Ansicht des Abgeordneten mußte Direktor Straube um diese Vorgänge gewußt haben. Insgesamt wären 10 Jungen von ihren Kameraden beratt mißhandelt worden, daß sie mehrere Tage krank im Bett bleiben mußten. Die Bekundungen des Zeugen Deier wurden teilweise von Obermagistratsrat Knaut bestritten. Nach einigen heftigen Auseinandersetzungen wurde eine Pause zur Beruhigung aller Beteiligten eingelegt.

In dem Prozeß trat heute nachmittags insofern eine Störung ein, als eine Schöfkin in der Verhandlung einen Schwächeanfall erlitt und der Verhandlung daher nicht mehr folgen konnte. Im Einverständnis aller Beteiligten wurde der Prozeß, da Frau Wehl in der Zwischenzeit wichtige Magistratestermine, die Rechtsanwältin wichtige Termine wahrzunehmen haben, bis zum nächsten Donnerstag ausgesetzt. In der Verhandlung wurde noch einmal der Tod des Högling's Hans Sebe-



Das Königsschloß von Madrid

Madrid war wieder der Schauplatz blutiger revolutionärer Unruhen.

Nach gewonnener Schlacht

Von Friedrich Muckermann S. J.

Gibt es Dankbarkeit im politischen Leben? Die Männer, die die großen Schlachten schlagen, rechnen gewiß nicht mit ihr. Sie tun auch gut daran. Zu groß ist die Zahl der Reiter, zu groß die Zahl der Kleinbürger, der Kritiker, der wenig Unzufriedenen. Erstens sind sie kritisch vor einer Entscheidung und erscheinen schon dadurch jede frische Tat. Zweitens sind sie kritisch während der Entscheidung. Sie machen die Schlacht nicht mit an der Front, ja nicht einmal in der Etappe. Sie stehen einzig am Scherenferntroße der Kritik und nörgeln. Nicht einen Schuß riskieren sie. Drittens sind sie kritisch nach der Entscheidung, und können sie einen vollen Sieg nicht leugnen, so ärgern sie sich doch wenigstens darüber, daß sie es nicht waren, die ihn erfochten haben. Nur das einfache schlichte Volk ist dankbar, und diesem Dank soll einmal Ausdruck gegeben werden.

Wenn wir jetzt hoffen dürfen, ein stilles, friedvolles Weihnachtsfest feiern zu können, so verdanken wir das gerade jenen Männern, die zum katholischen Volke gehören, Kaas, Brüning, Stegerwald, Wirth, um nur diese zu nennen. Die große Abstimmung im Reichstag war ein Schlag für den Radikalismus, wie er noch nie einen erlebt hat. Wenn wir vertrauensvoller in die weiteren Wintermonate gehen und der Ueberzeugung sind, daß nicht jene Kreise siegen werden, die Brot mit Sandgranaten säen zu können vermeinen, sondern jene anderen, die sich von Vernunft, von Gerechtigkeit und Liebe, von verantwortungsbewusster Arbeit allein Besserung erhoffen, so verdanken wir das dem Idealismus und dem Mut und der Tapferkeit jener Männer.

Wenn das Ausland, von dessen Krediten wir nun einmal kurzzeitig noch abhängig sind, wieder mit anderen Augen nach Deutschland zu schauen beginnt, wenn es den Eindruck zurückgewinnt, wir seien ein Volk der Arbeit und der Ordnung, dem man ruhig sein Geld anvertrauen dürfe, nicht aber ein unberechenbarer Haufen von Phantasten, die heute behaupten, sie wollten jeden Zins abschaffen, und morgen sie wollten alle unsere Schulden bezahlen, die übermorgen das unabhängige Dritte Reich gründen und dann wieder sich belügen, es würden bei uns die Paragraphen des Versailles Vertrages nicht genau befolgt, dann verdanken wir das wieder dem Namen Dr. Brüning, der heute bereits ein Symbol für die ganze Welt geworden ist. Alle diese Männer sind in der Stunde der Not über sich selbst hinausgewandert. Sie leisten das Unmögliche, an das gestern noch niemand geglaubt hatte. Sie haben die Herzen behalten, als Millionen beunruhigt verloren hatten. Man muß ins Ausland gehen, um das aus dem Munde jener zu vernehmen, die das deutsche Abenteuer der letzten Monate aus der Ferne mitverfolgt haben.

Sie ist auch der Platz, um einmal den Dank des Volkes für die Leistungen der Zentrums Presse auszusprechen, die in dieser Zeit bewundernswert waren. Im Lager dieser Presse ist Deutschland gewesen das gesunde, das arbeitende, das hoffende Deutschland. Unbeirrt von dem Geschwätz der Draußen haben die stillen Arbeiter auf den Redaktionen, deren Name meist unbekannt bleibt, wie der des unbekanntesten Soldaten, die neuen Fragen studiert und dann mit Ruhe und Ueberlegenheit aufgeklärt, gemacht und ermutigt. Sie haben die große Linie eingehalten, die zum einstweiligen Siege geführt hat.

Man braucht nicht mit allem einverstanden zu sein, was Presse und Partei tun. Gerade in der Demokratie wird der persönlichen Freiheit der Meinung ein großer Spielraum gewährt werden müssen. Das gibt aber noch lange nicht das Recht dazu, Verdienst und Erfolg zu übersehen, wenn beides so offenkundig zutage tritt wie eben heute. Um nur das eine zu nennen, was nicht nur den politischen Bestand, sondern vor allem auch das religiöse Herz des katholischen Volkes angeht, welche eine große Schlacht in diesen Tagen auch für die Erhaltung der christlichen Lebensauffassung geschlagen worden. Man zähle nur die Artikel, die in den letzten Wochen diesem Thema gewidmet worden sind. Wo waren denn in irgend einer freien Aufklärung darüber zu lesen, wie gewisse neue radikale Richtungen in Deutschland zur Kirche und zum Katholizismus überhaupt stehen? Wenn sie, so muß man in Hinblick auf die jüngsten Erfahrungen sagen, daß die Zentrums-Presse wirklich auch die katholische Presse Deutschlands ist, die einzige, die wir haben.

Auch jene Kritiker sollten umlernen, die aus einer an sich nach so verständlichen Folle heraus behaupten, der Katholizismus müsse sich auch in Deutschland mehr von der Partei trennen. Es ist doch ersichtlich, wie sehr gerade heute die politischen Fragen mit religiösen auf das Innigste verbunden sind.

Es ist nicht eine politische Schlacht mit religiösen Motiven geschlagen worden, sondern im Gegenteil, es sind heilige, unveräußerliche religiöse und kirchliche Rechte auf dem Boden der Politik verteidigt und geschützt worden.

Das ist die Sprache der Tatsachen, die etwas anderes sagen als weltfremde Ideologien.

Ohne Zentrum und Katholizismus in jener bei uns traditionellen Verbindung, ohne die Männer, die aus diesem durch so große Erinnerungen ausgezeichneten Boden hervorgegangen sind, säßen wir heute bis über die Ohren im religionsfeindlichen Radikalismus.

Und jene, die die bequemsten aller politischen Fragen vertreten, bei denen es eben darauf hinausläuft, daß man auf dem Boden der Politik weder Charakter noch Farbe zu bestimmen brauche, können zusehen, wo sie noch eine Stelle im Lande finden, um ihre so stimmungsvolle Religiosität zu zeigen.

Danken wir heute unsere Führer, so ist das nicht bloß Galanterie. Nein, es ist auch eine Leistung, eine ganz notwendige sogar. Auch diese Männer sind Menschen. Auch sie sind Stimmungen unterworfen. Auch sie brauchen das Echo des Volkes. Auch sie bedürfen der breiten Wege, die das Schifflein trägt und hoch hinaufhebt. Sie und das Volk, sie gehören zusammen. Immer mehr Volk muß es noch werden. Alle Katholiken sollten dabei sein, wo es gilt, im öffentlichen Leben die Wache am Allerheiligsten zu halten. Das ist der tiefste Sinn unserer Dankbarkeit.

Der Landtag tagt

Der Landtagspräsident über die „Würde des Hauses“ / Am die Beseitigung der Arbeitslosennot

Die heutige Landtags-Sitzung, die wegen der Tagung des Vertrauensmännerauschusses erst mit einstufiger Verspätung gegen 5 Uhr eröffnet werden konnte, hatte, wie der starke Besuch der Tribünen zeigte, in der Bevölkerung erhebliches Interesse geweckt. Die Fraktionen waren fast vollständig erschienen, am Regierungstisch hatte Staatspräsident Wittmann mit dem Stab seiner Referenten Platz genommen. Die Vertretung einer größeren Zahl von Eingängen, unter denen sich Regierungsvorlagen wegen der Bürgersteuer und einer Sicherungsbürgschaft des Staates für Auftragsaufträge befanden, nahm geraume Zeit in Anspruch.

Eine kurze Anfrage der Deutschen Volkspartei wegen der Ergebnisse der Sparkommission wird von der Regierung dahingehend beantwortet, daß die Tätigkeit der Sparkommission noch andauere. Eine weitere Antwort auf eine kurze Anfrage des Abg. Dr. Baumgartner (Zentrum) wegen des § 7a des Gebäudebesondersteuergesetzes wird an anderer Stelle veröffentlicht.

Präsident Duffner richtete sodann unter lebhafter Anteilnahme der Links- und Rechtsradikalen und unter dem Beifall der Mehrheit des Hauses eine durchaus zeitgemäße Mahnung zur Wahrung der parlamentarischen Würde an die Abgeordneten. Der Präsident weist darauf hin, daß bei der Durchführung der Stenogramme der letzten beiden Sitzungen im November sich ergeben habe, daß eine Reihe von Zurechnen erfolgt sei, die unbedingt mit Ordnungsstrafen zu belegen gewesen wären. Das sei jedoch bei der damaligen Anwesenheit nicht möglich gewesen.

Diese Stenogramme hätten ein geradezu beschämendes Bild dargeboten, wie es weder des einzelnen Volksvertreters noch der Gesamtheit der Volksvertretung würdig sei.

Ein merkwürdiger Zustand der Auffassung parlamentarischer Arbeit und politischer Reife zeigten einzelne Mitglieder des Hauses, die in diesem Zusammenhang zu erwähnen sind, daß diese Vorparlamentarier wohl die einzelnen Anwesenden zurechen, aber nicht den Landtag in seiner Gesamtheit zu belächeln vermögen. Unter lebhafter Billigung des Hauses weist sodann Präsident Duffner auf den § 77 der Geschäftsordnung hin, der für Disziplinsanktionen einen Ausschluß der schuldigen Abgeordneten bis zu 3 Monaten mit der Wirkung von Präsenzbüß und Verlust der Freiheitsrechte vorsieht.

Ueber die zahlreichen, von den Kommunisten eingebrachten Anträge wegen Winterbeihilfe und Arbeitsbeschaffung für die ausgebezahlten Wohlfahrtsberufswesen berichtet der sozialdemokratische Abg. Seid. Nach einer Betrachtung über die finanzielle Auswirkung der komm. Anträge für den jetzt schon mit einem Defizit belasteten Staatshaushalt und einer Aufzählung der von Reich und Land für produktive Bauten und Arbeiten in Baden zur Verfügung gestellten Kredite von nahezu 88 Millionen wird als Beschluß des Ausschusses vom Berichterstatter der Antrag gestellt, die Anträge der Kommunisten und des Abg. Berggöb von Evangelischen Volksdienst durch die Maßnahmen der Regierung für erledigt zu erklären.

Die Regierung soll bei der Reichsregierung dahin vorstellig werden, daß im Wege der alsbald einzuleitenden Verhandlungen mit den Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer durch eine der jeweiligen besonderen Art des Betriebes angepaßte Verkürzung der Arbeitszeit die Zahl der Arbeitslosen durch Neueinstellung verringert wird und weitere Entlassungen verhindert werden, daß den Arbeitgebern mit mehr als 5 Beschäftigten die Anmeldung freier Arbeitskräfte bei den öffentlichen oder bei nicht gewerkschaftlichen Arbeitsvermittlungsinstituten zur Pflicht gemacht wird, daß die Zulassung ausländischer Landarbeiter in der Landwirtschaft für die Dauer der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit verhindert wird und daß die ländliche Siedlung möglichst gefördert wird. Die Regierung soll weiter ersucht werden, für eine möglichst frühzeitige Verwirklichung der Ueberleitungsarbeiten Sorge zu tragen. Die Reichsregierung soll weiterhin im Hinblick auf die Zunahme der Wohlfahrtsunterstützungsempfänger und der dadurch für die Gemeinde bedingten Lasten ersucht werden, durch Neuordnung der Arbeitslosen eine wesentliche Erleichterung für die kommunalen Verwaltungen herbeizuführen.

Das Gesetz des allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes soll der Regierung empfehlend und im Geiste des B. Eberling aus Eberbach der Regierung zur Kenntnisnahme überreicht werden.

Zur Begründung der kommunistischen Anträge spricht der Abg. Lehleiter (Komm.), der natürlich alle Schuld an der Arbeitslosigkeit, wie es von seinem Standpunkt aus nicht anders zu erwarten war und wie es auch am allereinstimmigsten ist, dem gegenwärtigen staatlichen System in Deutschland in die Schuhe schiebt, während

Abg. Klausmann (Komm.) in Stegerwald und Brüning die Hauptschuldigen am Elend der Arbeitslosen sieht. Auf einen nationalsozialistischen Zwischenruf wegen des von der Sowjetregierung dem früheren Stuttgarter Stadtbaurat bezogenen Riefen-gehäuses schweigt sich der forstliche Sowjetapostel wohlweislich aus. Wesentlich ernsthafter begründet

Abg. Berggöb (Ev. Volksdienst) seinen Antrag zur Arbeitsbeschaffung. Wenn auch die drei Möglichkeiten, die er zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit sieht, nämlich die Anrufbelegung der Wirtschaft durch das Finanzprogramm Brünnings, die Führung einer nationalen Wirtschaftspolitik und die Förderung der Innenkolonisation keine reelle Lösung dieses über die ganze Welt ausgebreiteten Übels zu schaffen vermögen.

Die Debatte wurde in der achten Abendstunde durch eine groß angelegte und weitfassende wirtschaftspolitische Rede des

Abg. Dr. Rehbach (Str.)

eröffnet. Seine in die Tiefe gehenden Ausführungen wurden sowohl wegen der Autorität des Redners, der sich mehr wie ein Menschener in den Dienst der notleidenden Menschheit gestellt hatte, wie wegen der Sachlichkeit und Gründlichkeit der Stoffbehandlung mit großer Aufmerksamkeit angehört. Selbst die Kommunisten wagten keine störenden Zwischenrufe.

Der Zentrumsredner bezeichnete die Beseitigung der Arbeitslosigkeit als das echte und wahre Königsproblem der deutschen Wirtschaft und Sozialpolitik. 3,5 Millionen arbeitsloser Menschen bedeuten eine ungeheure Not, zunächst für die Arbeitslosen selbst und dann für die Allgemeinheit. Die beste Art, zu helfen, liegt in der Arbeitsbeschaffung. Das sei auch den Arbeitslosen selbst das Allerliebste, die zum allergrößten Teil arbeitswillig und arbeitsbereit seien. Die kommunistischen Anträge gingen zu einem gewissen Prozentsatz von einem gesunden Gedanken der Arbeitsbeschaffung aus. Nun ging Dr. Rehbach in der Kritik des kommunistischen Antrags, der eine schematische Herabsetzung der Arbeitszeit auf 7 Stunden wolle, in breiter Front auf das Problem der Kürzung der Arbeitszeit ein. Diese Frage habe bisher nur als kulturell und sozial hygienisches Problem gefaßt. Jetzt erörtere man diese Frage auch unter marktpolitischen Gesichtspunkten der Beschaffung von Arbeitsplätzen. Es bestehe jetzt die Gefahr, daß das Wort von der Kürzung der Arbeitszeit zum reinen Schlagwort werde. Die große Solidarität der deutschen Arbeiterschaft, die nicht nur sich in der Leistung erhöhter Arbeitslosenversicherungsbeiträge auszeichnet, sondern auch in der Einwilligung zur Kürzung des Lohnvertrages zugunsten der arbeitslosen Kollegen, könne nicht hoch genug gerühmt werden. Eine solche Solidarität sollten sich die anderen Stände zum Vorbild und zum Beispiel nehmen. Der Vorschlag des Gutacher Fabrikanten Gütermann, auf Kürzung eines bestimmten Prozentsatzes an Arbeitszeit, verbunden mit einer Reform der Arbeitslosenversicherung, sei zwar neu, bringe aber keine reelle Lösung. Man dürfe gerade auf diese Vorschläge keine allzuprohen

Hoffnungen setzen, denn die Produktion könne mechanisch so rationiert werden, wie es in der Zwangswirtschaft während der Kriegszeit geschehen sei. Bei den nicht raumbundenen Betrieben könne wohl eine Arbeitszeitverkürzung neue Arbeitsplätze schaffen, bei der raumbundenen Industrie sei das aber nur schwer der Fall. Hier fehle es an industrieller Kapazität am Raum, an den Maschinen und am Kapital. Dazu kämen noch Hemmungen sachlicher Art. Nicht nur die Wissenschaftler, sondern auch das Institut für Konjunkturforschung habe vor Illusionen gewarnt. Das Institut habe herausgerechnet, daß bei einer Kürzung um 4 Stunden 700 000, bei einer Kürzung um 8 Stunden 1 1/2 Millionen beschäftigt werden könnten. Das sei aber nur rein rechnerisch und theoretisch der Fall. Es müsse noch bedacht werden, daß zu allen anderen Schwierigkeiten noch Hemmungen regionaler Art kämen, da die Arbeitslosigkeit in Deutschland verschiedenartig sei.

Die Arbeitszeitverkürzung schaffe keine Vermehrung von Worten, sondern bedeute eine Verschiebung der Lasten, ein wahrer Fortschritt könne erst durch zusätzliche Produktion erzielt werden. Der kommunistische Antrag auf mechanische Kürzung bedeute eine Störung der Wirtschaft und schaffe dadurch neue Arbeitslosigkeit. Ein dementsprechendes für das ganze Reich gültiges Gesetz müsse bei der Differenziertheit der deutschen Wirtschaftsverhältnisse so viele Ausnahmen vorsehen, daß keine Wirkung herauskomme. Der Antrag des Haushaltsausschusses zeige einen gangbaren Weg. Der verlangte volle Lohnausgleich sei bei der Masse der deutschen Industriebetriebe eine Unmöglichkeit und bedeute durch Ueberbelastung eine Quelle weiterer Arbeitslosigkeit. Die großen Gehälter der Direktoren, die Riesenbezüge mancher Industriemagnaten seien zu beurteilen. Aber der kommunistische Antrag sei in der Wirkung wirtschaftsfeindlich und produktionshemmend. Eine Kürzung der Arbeitszeit ohne Kürzung des Einkommens sei nur bei einer internationalen Regelung ohne schweren Schaden für die deutsche Wirtschaft denkbar. Redner weist unter der Heiterkeit des Hauses darauf hin, daß in den kommunistischen Anträgen kein Wort von einer Forderung auf Neueinstellung von Arbeitern ausgesprochen sei. Ohne diese Forderung bedeute die Kürzung der Arbeitszeit nichts anderes als einen Anreiz zu neuer Rationalisierung. Ohne Aufhebung der Auftragsbeschaffungsmöglichkeit für die Industrie könne man die kommunistischen Forderungen niemals verwirklichen. Die kommunistischen Pläne zur Arbeitsbeschaffung seien ganz schön, sie scheiterten aber an der Finanzfrage, da kein Mensch aus der darniederliegenden badischen Wirtschaft weitere 20 Millionen herausholen könne. Trotzdem müsse man an die Regierung die bringende Bitte richten, alle verfügbaren Mittel für die produktive Erwerbslosenfürsorge herauszuholen.

In seinen weiteren Ausführungen bezeichnete der Redner die Siedlung als ein hervorragendes Mittel zur Beseitigung der dauernden Massenarbeitslosigkeit, da dadurch zusätzliche Produktionsstellen geschaffen würden. Die deutsche Arbeitslosigkeit sei international und national durch einen falschen gesellschaftlichen und volkswirtschaftlichen Aufbau hervorgerufen. Die Hauptschuld liege in der Vergangenheit, da bei der Hypertrophie der Industrie die landwirtschaftliche Basis zu kurz geworden sei. Es gelte, die kultivierten Gebiete zu besiedeln, um dem Volke wieder Brot und wirtschaftliche Entlastung durch Schaffung eines Ständegleichgewichtes zu bringen. Es sei tief bedauerlich, daß nur knappe Mittel für diese Frage zur Verfügung ständen. Die große Not der Arbeitslosen müsse allen ans Herz gehen und zum dringenden Appell an die Arbeitgeber zur humanen Behandlung ihrer Anwesensten und Arbeiter verdrängen. Das ganze Volk, soweit es von der Arbeitslosigkeit nicht heimgefallen sei, müsse in größter Hilfsbereitschaft den notleidenden Volksgenossen in Betätigung eck christlicher Nächstenliebe und Gemeinschaftseinstimmung tatbereit zur Seite stehen. Die Rede, insbesondere der Appell an das ganze Volk wurde vom Hause mit förmlichem Beifall aufgenommen.

Schluss der Sitzung 8 Uhr. Nächste Sitzung morgen vormittag halb 10 Uhr.

Am das Gebäudesondersteuergesetz

Zwecks Beseitigung der über die Anwendung des § 7a des Gebäudesondersteuergesetzes herrschenden Unklarheit hat Abg. Dr. Baumgartner an den badischen Finanzminister eine kurze Anfrage gerichtet, die in der Landtags-Sitzung vom 16. Dezember folgende Beantwortung durch das badische Finanzministerium fand:

„Die erwähnten Vorgänge sind der Regierung bis jetzt nur aus einem Artikel in der Nr. 559 der Bad. Presse vom 2. Dezember 1930 bekannt. Inwiefern die dafelbst vorgebrachten Klagen im Einzelfall begründet sind, wäre erst festzustellen. Die Regierung ist aber der Auffassung, daß bei richtigem Vollzug ihrer Anordnung zur Ausführung des § 7a des Gebäudesondersteuergesetzes durch die zuständigen Gemeindebehörden der Sinn und Zweck der erwähnten Bestimmung des Gesetzes nicht verlernt wird. Denn bezüglich des umfrittenen — reichsgesetzlichen — Begriffs „Friedensmiete“ hat der Finanzminister und der Minister des Innern am 16. Juni d. J. in einem gemeinsamen Rundschreiben folgendes verfügt:

„Als Friedensmiete gilt diejenige Miete, welche für die mit dem 1. Juli 1914 beginnende Mietzeit vereinbart oder nach den Bestimmungen des Reichsmietengesetzes vom 24. März 1922 in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Februar 1928 (Reichsgesetzblatt Seite 88) festgesetzt war (§ 13 Abs. 1 Satz 4 der Vollzugsordnung zum Gebäudesondersteuergesetz). Zuschmieten im Sinne des § 13a des Reichsmietengesetzes werden auszuschließen haben. Es kann dies jedoch zweifelhaft sein. Die Entscheidung muß dem Rechtsmittelverfahren vorbehalten bleiben. Ist die Friedensmiete auf die erwähnte Weise nicht festzustellen und ist später eine Friedensmiete zwischen dem Eigentümer und Mieter vereinbart worden, so gilt diese vereinbarte Friedensmiete. Ist eine Friedensmiete überhaupt nicht zu ermitteln, so muß eine angemessene Friedensmiete gebildet werden. Als Anhaltspunkte hierfür ist der Mietzins anzusehen, der für die mit dem 1. Juli 1914 beginnende Mietzeit in der Gemeinde für Räume gleicher Art und Lage regelmäßig vereinbart war. Auch die gegenwärtig zu entrichtende Miete wird u. U. einen geeigneten Anhaltspunkt hierfür bieten. So lange der Steuerpflichtige nichts anderes nachweist, kann bei zwangsbewirtschafteten Gebäuden gegebenenfalls unterstellt werden, daß die heutige Miete der gesetzlichen Miete bei Wohnräumen 120 v. H., bei gewerblichen Räumen 134 v. H. der Friedensmiete entspricht. Doch wird auch in diesem Falle das Recht des Eigentümers oder der Gemeindebehörde die Friedensmiete nach Maßgabe der Bestimmungen des Reichsmietengesetzes feststellen zu lassen, nicht berührt.“

Weitere Anordnungen über diese Vorschriften hinaus sind nach Sach- und Rechtslage im Verwaltungswege nicht möglich. Hiernach bleibt nichts anderes übrig, als daß diejenigen Hausbesitzer, welche seitens einzelner Gemeinden sich durch eine etwa unrichtige Ausführung der genannten Gesetzesvorschrift — entgegen der vorstehenden Verfügung — beschwert fühlen, Klage beim Bezirksrat und unter Umständen beim Verwaltungsgerichtshof erheben. Zur allgemeinen Aufklärung hat die Regierung die vorstehenden Ausführungen über den Begriff Friedensmiete neuerdings in einer Presse-notiz bekannt gegeben.

Wirtschaftspolitische Anträge

Die Zentrumsfraktion des Badischen Landtags hat folgende Anträge im Landtag eingebracht:

I. Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß die aus der Gebäude- und Grundsteuer nicht mehr benötigten Mittel zu einer Senkung dieser Steuer freigegeben werden.

II. Die Unterzeichneten beantragen, der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, 1. dem Landtag alsbald in einer Denkschrift darzulegen, welche Belastungsverschiebungen für die Steuerpflichtigen innerhalb der einzelnen Gruppen des Grundvermögens, Betriebsvermögens und Gewerbevermögens durch die reichsrechtliche Regelung der Grund- und Gewerbebesteuerung eintreten.

2. Als bald bei der Reichsregierung eine Änderung der Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 1. Dezember 1930 zu beantragen, mit dem Ziel, daß Steuerbefreiung sowie Festsetzung von Freigrenzen und Steuerbefreiung der landesrechtlichen Regelung überlassen bleiben.

III. Die Unterzeichneten beantragen, der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß die gemäß Teil II, Kapitel III, Artikel 4, § 1-3 der Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 1. Dezember 1930 vorgesehenen Entschädigungen auf die ganze Zeit ausgedehnt werden, während deren die Schädigungen sich tatsächlich auswirken.

Karlsruhe, den 16. Dezember 1930. Dr. Baumgartner, Dr. Föhr, Seubert und Zentrumsfraktion.

Baden

zum Streit um die erhöhte Gebäude- und Grundsteuer

bringt auch das N. Mannh. Volksblatt vom 14. Dezember einen Artikel von sachkundiger Seite, der sich teilweise mit dem von uns gebrachten deckt und ebenfalls der Meinung Ausdruck gibt, „man hätte besser die Finger von der erhöhten Gebäude- und Grundsteuer gelassen“. Dann fragt er weiter, worin die große Schwierigkeit liege und antwortet darauf, wie auch unser Artikel: in dem Begriff „Friedensmiete“. Darüber führt er aus:

Er ist dem Friedensmietengesetz entnommen. Nach ihm gilt zunächst allgemein als Friedensmiete diejenige Miete, welche für die mit dem 1. Juli 1914 beginnende Mietzeit vereinbart war. Diese Miete ist die Friedensmiete im engeren Sinne, die der Fall eines Mietverhältnisses am 1. Juli 1914 maßgebende Miete. Dem ist aber nicht so; denn das Reichsrentengesetz gibt unter den verschiedensten Voraussetzungen die Möglichkeit, für die einzelnen Gebäude und Gebäudeanteile die Friedensmiete neu festzusetzen. Nach oben und nach unten! Mancher Hausbesitzer, der sich den Standpunkt vorritt, die Friedensmieten in die höchsten Größen, die am 1. Juli 1914 maßgebend waren, hat sich vor kurzem vor dem Mietminderungsamt mit seinem Mieter im Streit gelassen, weil die Miete des 1. Juli 1914 nicht die Grundlage für die Berechnung der gesetzlichen Miete bilden kann; sie sei nämlich nicht ursprünglich und angemessen gewesen und müsse daher um so und so viele Mark erhöht werden, damit die richtige Friedensmiete herauskomme. Also wenn für die Erhebung der Friedensmiete die Friedensmiete keine feste, unabänderliche Größe ist, kann sie es auch nicht bei der Gebäude- und Grundsteuer, solange sie sich auf der Friedensmiete aufbaut, sein. Der Begriff muß in beiden Fällen die gleiche Bedeutung haben.

Versteht man jetzt die schwierige Arbeit des Veranlagungsbeamten? Er hat eine Steuererklärung vor sich, deren Wohnungen alle den Bestimmungen des Reichsmietengesetzes unterworfen sind. Die Mieten vom 1. Januar 1930 sind aber alle wesentlich höher als die angegebenen Friedensmieten, die aus dem Aufschlag von 20 v. H. nach der Vereinbarung annehmen, daß dieser Hausbesitzer samt und sonders Mieter hat, die bemußt auf Grund getroffener Vereinbarung 130 v. H. 140 v. H. oder noch mehr der angegebenen Friedensmiete zahlen, oder liegt nicht die Vermutung nahe, daß die Mieten vom 1. Januar 1930 gesetzliche Mieten sind, denen eine durch das Mietminderungsamt oder auf Grund freier Vereinbarung berichtete Friedensmiete zugrunde liegt? Ist die Vermutung richtig, so ist die Miete über, als die berichtete Friedensmiete für die Steuerveranlagung zu verwenden, weil sie die Friedensmiete ist, die der Veranlagung der zu entrichtenden Miete zu Grunde liegt.

Das Verfahren wird noch schwieriger, wenn es sich um nicht mehr der gesetzlichen Mietminderung unterliegende Gebäudeanteile handelt, wo sich aber gegenüber 1914 infolge Verschlebung der Geschäftslage uvm. die tatsächlichen Verhältnisse verschoben haben. Ist die Lage schlechter geworden und billigt die Veranlagungsstelle, weil eben die Friedensmiete eine veränderliche Größe ist, da die tatsächlichen Voraussetzungen ständig im Fluss sind, eine Friedensmiete zu, die unter den 1914er Zahlen liegt, so wird das als selbstverständliches hinzunehmen. Wird aber umgekehrt gehandelt, so soll eine Verlesung des Gesetzes vorliegen, obwohl es nur die Konsequenz des Handelns im anderen Falle ist.

Es ist recht schwierig gestaltet sich das Veranlagungsverfahren, wenn infolge häufiger Umgestaltungen, Verbesserungen u. dergl. die Zubilligung einer Steuererklärung in Betracht kommt. Es ist richtig, man soll hier nicht kleinlich sein. Aber die volle Mieterhöhung als Friedensmiete zuzugestehen, wo das in Gestalt häufiger Verbesserungen (nicht Unterhaltung) nur unbedeutende Kapitalvermehrung, ganz unbedeutend ist und die Mieterhöhung tatsächlich auch nicht hierin, sondern z. B. in der Verbesserung der Geschäftslage ihre Hauptursache hat, kann billigerweise nicht verlangt werden, weil es ungerecht wäre.

Zum Schluß heißt es: „Es könnte nichts schaden, wenn sich der Landtag mit dem Problem beschäftigten würde. Dann aber bald, damit unnötige Erregung erspart bleibt.“

„In Erregung ist schon jetzt kein Mangel. Daß auch „unnötige Erregung“ vorhanden ist, dafür sorgen Interessenverbände. Darum gibt der Verfasser des sachkundigen Artikels in dem N. Mannh. Volksblatt den Rat, „sich mit den Veranlagungsstellen ins Benehmen zu setzen. In den meisten Fällen wird nach entsprechender Klärung des Tatbestandes Einigung erzielt werden.“ Es wird — so schreibt er weiter — vielfach bewußt gehandelt, obwohl kein Anlaß dazu vorliegt. So ist es verschiedentlich in Baden vorgekommen, daß Proteste über die Durchführung des Gesetzes erhoben worden sind, obwohl noch kein Hausbesitzer eine Nachricht über die endgültige Festsetzung seiner Friedensmiete, geschweige denn einen Forderungszettel hatte. Hier gilt für manche auch: Mehr Verantwortung!

Ein Reichstagsidyll

Im Sitzungssaal wütet die Redeschlacht. Kommunisten und Sozialdemokraten auf der einen, Nationalsozialisten auf der anderen Seite, greifen sich in immer mehr zugehörigen persönlichen Ausführungen mit größter Heftigkeit an. Sprechchöre durchbrausen das hohe Haus. Bei den Nationalsozialisten verwechseln einige ehrenwerte Mitglieder das Parlament mit einem Boxkampflatz. Nur mit größter Mühe werden sie von ihren eigenen Kollegen davon zurückgehalten, dem politischen Gegner durch Faustschläge die Überlegenheit nationalsozialistischer Ideen klar zu machen. Auf der Rednertribüne sucht einer ihrer wild gewordenen Spieler den Mangel gelisteter Produktion durch ungeheuren Stimmanswand zu verdeutlichen. Der bekannte nationalsozialistische Abgeordnete, Pfarrer a. D. Münchmeyer, hat von einem Sozialdemokraten gerade das Kompliment empfangen, daß er „der Fleischbeschauer des dritten Reiches“ werde. (Ein recht boshafter Hinweis auf nicht widerlegte Vorwürfe gegen Münchmeyer in seinem Verhalten einer Dame gegenüber.) „Jüdische Frechheit, Judenjunge, altkassirischer Urabel“ erörtern als nationalsoz. Huldigungsgrüße gegenüber den jüdischen Abgeordneten, Konsumvereinsbörzen, Missetäter u. a. gelten andern Abgeordneten der Linken; Kaufjungens, Kammerjäger Goebels“ usw. sind die Antwort darauf. Im Kommunistenlager aber beginnt ein leises Murmeln, das immer stärker ansteigt: „Khabarbar, Khabarbar“, sprechen halbblau die Edlen, um den geometrischen Redner umhörbar zu machen. Dazwischen die Stöße des Präsidenten. Ein wenig erschrockenes Bild! Ich schäufte aus diesem fürchterlichen Schauspiel hin auf in die „Reichskammer“.

Mit diesem Wort werden die Arbeitszimmer der Abgeordneten bezeichnet, die unmittelbar unter dem Dach liegen und im Sommer infolgedessen unerträglich heiß sind. Die Zimmer sind recht klein und sehr einfach. Zum Ausgleich dafür darf ich das mir zugeteilte mit sieben andern Kollegen teilen, des Raummangels wegen. Erreuenlicherweise ist es ausnehmend leer. Ich sehe mich an das einzige Tischchen und durchblättere die mir soeben zugestellte Mappe mit den neuesten Einläufen. Ein Reichstagsabgeordneter erhält tagtäglich ganze Bündel nicht nur von Briefen, Gesuchen und Beschwerden, sondern auch von Druckschriften der verschiedensten Art. Wer alles lesen will, braucht täglich Stunden dazu. Die erste mir in die Augen fallende Drucksache ist eine Eingabe eines Schweinezüchters aus Thüringen. Er „fühlt sich genötigt, seine Sensations-Erlebnisse, wie selbige wohl noch kein Mensch erlebt hat, dem hohen Reichstag zu unterbreiten“. Ich schlage auf und werde auf der ersten Seite davon unterrichtet, daß der Einkäufer „im Jahre 1895 an den Landwirt Otto Messing in Grafenbain ein Mutterchwein verkauft habe; das Tier wurde aber gemästet und geschlachtet. Messing klagte dann auf 25 Mark Schadenersatz gegen mich, weil genanntes Tier kein Mutterchwein, sondern ein kastriertes Schwein gewesen sei. Messing wurde mit der Klage abgewiesen und bekam 150 Mark Kosten.“ Und so geht es auf 13 Seiten weiter, große und kleine Schweine, selbst Schweinehund spielen in der temperamentvollen Darstellung eine Rolle. Der Einkäufer, der gefälligst nicht ganz normal zu sein scheint, verlangt vom Reichstag, daß er „Dorferkuren trifft, daß kein Mensch in Deutschland wieder erlebt, was er erlebt und durchzumachen gezwungen war, so wie er es habe erleben und durchkosten müssen“. Das nächste Blatt.

Ein Deutscher in Wien verlangt ein „Gesetz über den Gebrauch der Fremdwörter“. Mein lieber Dorfschlag angesichts des großen Mißbrauchs, der zurzeit in Deutschland mit Fremdwörtern getrieben wird. Ein Gesetzesentwurf ist angeschlossen. § 1. Unerhörte Fremdwörter sollen nirgends gebraucht werden. Was als überholt zu gelten hat, wird in dem durch Volksbeschluß gesetzlich anerkannten Deutsches Wörterbuch festgesetzt. § 2. Für den Weitergebrauch eines überholten Fremdwortes auf Schildern und in Zeitungen und Zeitschriften uvm. ist eine jährliche Steuer von 50 Mark im voraus zu erheben. § 3. Für überholte Fremdwörter in Zeitungen und öffentlichen Ankündigungen werden maximal 3 Mark erhoben. § 4. Sprachschulgänger (endlich mal wieder eine neue Behörde!)

Zu Badens Stellung gegen das Steuervereinheitlichungsgesetz

Das Echo aus Bayern. Zu dem von der Badischen Zentrumsfraktion-Korrespondenz veröffentlichten Artikel des Reichstagsabg. Dr. Föhr „Unser Stellung zur Notverordnung“ schreibt die Bayerische Volkspartei-Korrespondenz u. a. aus den Ausführungen Dr. Föhrs ergebe sich eine Übereinstimmung zwischen der Auffassung der Bayerischen Volkspartei und der badischen Zentrumsfraktion wie sie in ihrer nicht gedacht werden könne. Das badische Zentrum stehe einzelnen Stellen der Notverordnung mit denselben Vorbehalten und mit der gleichen Erwartung der baldigen Korrektur gegenüber, wie die Bayerische Volkspartei. Dr. Föhr zeige volles Verständnis für die Anknüpfung der Bayerischen Volkspartei, daß sie sich unter Umständen gezwungen sehen werde, Klage beim Staatsgerichtshof zu stellen, wenn nicht vorher der Gegenstand ihres Protestes auf dem Wege geräumt werde. Als besonders bemerkenswert bezeichnet die Bayerische Volkspartei-Korrespondenz die Feststellung Dr. Föhrs, daß das Steuervereinheitlichungsgesetz für die kleinen Landwirte, insbesondere aber für das Handwerk und den gewerblichen Mittelstand, alles andere als eine Entlastung, sondern vielmehr eine weitere Steigerung der Belastung bedeuten wird.

Dann heißt es weiter: „Diese offenen Worte eines führenden badischen Zentrumspolitikers beweisen, daß es sich bei dem Steuervereinheitlichungsgesetz tatsächlich nicht nur etwa um eine Angelegenheit der Steuerminister und der Steuerintendanten, sondern um eine ganz große politische Frage handelt, die die Lebensgrundlagen der Länder gerade der süddeutschen Länder außer Frage stellt.“ Es geht hier nicht um Steuerarten, um Steuererhöhungen und Steuerformen, sondern es geht um eine Lebensfrage jenes staatlichen Deutschlands, das sich unter gar keinen Umständen in einen Einheitsstaat hineinzumängen lassen will. Der Kampf um dieses Steuervereinheitlichungsgesetz spielt sich auf dem Hintergrunde eines Ringens ab, dessen Ausgang für das staatliche Leben und noch mehr für das kulturelle und geistige Leben in Deutschland von einschneidender Bedeutung wird. Die ihrer Aufgabe bewußten Kräfte im deutschen Süden sind nicht willens, kampflös die Zukunft, die in diesem Falle eine deutsche Zukunft ist, preiszugeben. Das ist auch der Sinn der Beschlüsse jenes Oberrheinischer Landesausschusses vom 30. Mai d. J., auf die Abg. Dr. Föhr in seinem Artikel hingewiesen hat. Diese Beschlüsse verpflichten, soviel wir wissen, die badischen Zentrumsabgeordneten im Reichstag zu einem klaren Bestehen an der föderalistischen Tradition der Zentrumsfraktion. Jener Tradition, deren ehrliebe und überzeugte Beachtung allein im Stande ist, die innere Einheit zwischen der Politik des Zentrums und der Bayer. Volkspartei auf staatspolitischem Gebiete herbeizuführen.“

finden allen Gemeindefürsorgern anzuschließen und Sprachschullehrern bei allen großen Festungen von Amts wegen zu erteilen. Soweit unter Wiener Verordnungen. Er behandelt eine sehr dringende Angelegenheit. Vielleicht übernimmt sie die Reichsregierung in ihre nächste Notverordnung, wenn sie sich nicht dem Grundsatz anschließt: Fremdwörter sind Glückssache! Doch das Bedeutendste kommt wie gewöhnlich am Schluß.

„Drei große Redeschlacht als Ursache der Arbeitslosigkeit und der Wirtschaftsmisere“ unterbreitet ein Oberlandesgerichtspräsident Dr. A. den Herren Reichstagsabgeordneten. Er ist nach seiner Mitteilung in der Lage, Mittel anzugeben, „die das Deutsche Reich innerhalb neun Monaten von seiner großen Arbeitslosigkeit befreien könnte“. Ja, hohes; sollten wir endlich den Befreier aus all unserer Not, aus all unserem Elend gefunden haben? Mit immer stärker werdender Spannung lese ich weiter. Der Verfasser scheint sich allerdings eigenartige Wirtungen von seinen Vorschlägen zu versprechen, denn er meint, wer solche Vorschläge wie er habe, der dürfe nicht schweigen, „sondern müsse sein persönliches Wohl für das des Vaterlandes zirkulieren wie ein Stein in der Front“. Was mag das nur sein? Endlich bin ich zum Wesentlichen vorgezogen. Eine neue Welt tut sich vor mir auf. Gott, wie einfach sind doch alle großen Lösungen. Etwas radikal zwar, aber geradezu verblüffend einfach. Arbeitslosenproblem: Die Arbeitslosen werden mit ihren Familien nach ländlichen Arbeitskolonien befördert, wo die Kartoffeln vor der Erde wachsen, also nicht mit Transportkosten und Händlergewinnen belastet sind, die eine große Vertreibung bewirken.“ Welche glatte Lösung aller Schwierigkeiten. Organisationsfrage: „Die Vergütungen der Staatsbürger muß die Reichsregierung durch eine großzügige Auffüllungsaktion auf Dinge richten, die geringe laufende Ausgaben verursachen, z. B. Gesang, Musik und Rundfunk hören.“ Doch es geht weiter und wird weiter. Die wertvollste Menschenklasse sind dem Verfasser die Junggeheulen, die mitterweilige die Frauen. Ein „Recht auf Junggeheulen“ soll der Staat nur den Männern strömen lassen. Voren Begünstigung über dem Durchschnitt liegt, und zwar sind das diejenigen, die nach der Schulranordnung zur besseren Hälfte der Schüler gehören.“ Den anderen, den geringeren Qualifizierten solle, und das ist der Hauptvorwurf des neuesten Reichstagsabg. — worum haben sie in der Schule auch nichts gearbeitet! — die Doppelbesteuerung ausgeglichen. Der § 1 lautet kurz und bündig: „Das Reichsarbeitsschlichtungsurteil ist ersatzlos zu gestatten, und zwar in vollständiger, als die Zahl der weiblichen Staatsbürger im Alter von 16 bis 40 Jahren über die Zahl der männlichen Staatsbürger des Alters hinausgeht. Unter Doppelbesteuerung im Sinne dieses Gesetzes ist nur die Ehe eines Mannes mit 3 weiblichen Frauen zu verstehen. Die Doppelbesteuerung ist nur dann zu gestatten, wenn der Mann, welcher die Genehmigung dazu nachfragt, zurzeit wirtschaftlich in der Lage ist, selbst getrennt wohnende Familien unterhalten zu können und sich dazu verpflichtet, seine beiden Familien getrennt zu wohnen zu lassen, solange er dazu in der Lage ist.“ Wer ist nicht geradezu niederknienend bei dieser Patentlösung! Aber der Reformator hat auch noch ein Mittel: „Junggeheulen, die eine Lehrerin abgegeben und dadurch ihren Dienst als Mittelfeld erhalten, treten in dieselbe Stelle, die ihre Frau bis dahin einnahm.“ Mittelfeld, Stellenlosigkeit, alles mit einem Schlag gelöst — und dabei so einfach! Daß aber auch bis jetzt noch niemand auf diese bedeutenden Gedanken gekommen ist! Zum Schluß blüht er die Herren Abgeordneten, alle Bedenken gegen die Doppelbesteuerung zu schieben. Was uns dabei befremden könnte, ist nur das Ungeordnete der Sache. Nach fünf Jahren wird man nicht verstehen, warum eine so nützliche Einrichtung nicht unmittelbar nach dem Kriege eingeführt worden ist? „Ist jemand anderer Ansicht? Wer oder habe wenig von den heulenden Politisierungs- und begebe mich nachdenklichen Schrittes wieder zurück in das hohe Haus, wo ich gerade noch höre, wie ein nationalsoz. Abgeordneter seinem Kollegen, Genauer mit erheblicher Stimme die „freundliche Erwähnung macht, daß er ihm „in die Presse hauen werde“. Der Spieß der heutigen Notwendigkeiten ist verflochten — die Erde hat mich wieder.

Eine einzig dastehende Notverordnung

Wintersdorf (bei Rastatt), 15. Dez. In unserer ersten Meldung über die Fahrt eines Autos direkt in den Rhein am Montagabend, verurteilt durch einen sich nicht halten wollen, werden uns jetzt vom Anhaber des Strandhotels, in dessen unmittelbarer Nähe sich diese Fahrt zugetragen hat, Einzelheiten auf Anfrage gegeben. Der Autobesitzer aus Baden-Baden, in dessen Begleitung sich zwei Damen und ein Herr befanden, war an dem fröhlichen Tage abends auf der Fahrt nach Pfaffenheim durch plötzlich auftretende dicke Nebelschwaden überfallen worden. Um einer Gefahr, in der Rhein abgelenkt, vorzubeugen, hat er den männlichen Anführer, zur besseren Leitung auf das Treiben des Autos zu stehen. Dies war aber vollkommen unmöglich und das Auto fuhr trotz größter Vorsicht in den Rhein und kam sofort auf den dort fünf Meter tiefen Grund. Im Wasser hatte sich der Wagen überschlagen und kam auf die eine Seite zu liegen. Durch den sehr starken Wasserdruck war es den Insassen nicht möglich, die andere Türe zu öffnen. Der Wagenführer durchschlug nun mit Kopf und Händen die Fensterscheiben und zog die beiden Frauen aus dem Wageninnern heraus, von denen er die eine an den Händen, die andere an den Füßen an die Wasseroberfläche bringen konnte. Durch die bezweifelten Anstrengungen der Frauen wurde der Chauffeur wieder in die Tiefe bis auf den Grund gerissen, wo sich nun die eine Dame an den Mantel des Mannes anklammerte, während die andere sich an den Rücken ihrer Freundin festhielt. Unter allergrößter Anstrengung und allerletzter Kraft konnte der Wagenführer mit den beiden Frauen, von denen die eine bereits hemmungslos war, die Wasseroberfläche wieder erreichen. So ihm dann durch die Rufe des noch rechtzeitig vom Treibrett abgesprungenen Begleiters der Weg zum Ufer gezeigt wurde. Wiederbelebungsversuche waren von Erfolg und die mit harter Not dem Tode Entkommene konnten nach einem Kleiderwechsel im Strandhotel die Fahrt in einem anderen Auto glücklich zu Ende führen. Diese Notverordnung, die nur durch die einige Ruhe und Besonnenheit, aber auch durch die heldische Kraft des Retters möglich war, ist einzig dastehend.

Gelmlingen (bei Neßl), 16. Dez. (Interessante Zusammenhänge bei Konsumverein.) Bei dem letzten ländlichen Konsumverein wurden in der letzten Zeit Interessierungen in Höhe von 12 000 Mark festgesetzt. Da die letzte Generalversammlung eine gültige Regelung auf der vorgeschlagenen Grundlage ablehnte, wurde die Staatsanwaltschaft von den Vorgängen in Kenntnis gesetzt, die den veranwortlichen Richter des Vereins verurteilte.

Eistenau (bei Neßl), 16. Dez. (Vertrauter Uebermut.) Geduldige Kurieren rufen zur mitternächtlichen Stunde in einem Biergäßchen durch die Straßen der Ortschaft. Ein Eingießer in die letzte Kurve vor dem Rathaus wurde einer der Kurieren aus dem Wagen auf die Straße geschleudert, wo er schwer verletzt liegen blieb.

Häufeln (bei Neßl), 16. Dez. (Schadenfeuer.) In einem der Kaufstraßen Häuser gehörenden Gerätschaften in Schwarzbrunn brach ein Brand aus. In dem Gruppen befinden sich wertvolle Grubenfelder, die dem Feuer zum Opfer fielen. Man vermutet, daß der Brand durch einen überhitzten Eisenblech entstanden ist.

Carl August Nietten & Co. Kohlenhandels-gesellschaft Kaiserstraße 148. II Kohlen-Koks-Briketts-Brennholz Telefon 5164, 5165, 5505

KUNST UND WISSEN

Nummer 50

Literarisch-wissenschaftliche Beilage

17. Dez. 1930

Zwei grundlegende neue Bücher*)

Kritik der reinen Vernunft — ein altes und doch wieder neues Buch der immer jungen Philosophie. Wie viel und wie überzeugend darüber schon geschrieben worden, Tag um Tag begegnet man gebildeten Menschen, die zur Bekräftigung ihrer Aussage am liebsten gleich Kant zitierten möchten, ihn aber im Grunde doch nicht kennen. Aber sie meinen, Kant, der große Philosoph, müsse das selbe gelehrt haben, was ihre Meinung sei. Die meisten Menschen verstehen Kant nicht, wenigstens nicht richtig; darum ist es wichtig, an Hand eines zuverlässigen Führers in Form eines gediegenen Kommentars ihn kennenzulernen. Da bietet sich uns Caspar Nink in seinem Buche „Kommentar zu Kants Kritik der reinen Vernunft“ als sicherer Führer an. Als ein Gelehrter von Bienenfleiß tritt er mit dem ganzen wissenschaftlichen Apparat feinfühligster Kritik an den großen Geistesmann heran, — nicht um ihn von seiner stolzen Höhe herabzuziehen, nein, sondern um der Wahrheit auch hier einen Weg zu bahnen. In diesem Werke zeigt uns zum erstenmal ein freimütiger Forscher so recht klar und offen, wo die eigentliche Schwäche Kants liegt. Kant bringt uns nämlich keine neue Wahrheit; was wahr ist, ist nicht neu — und was neu ist, ist nicht wahr. Die Energie, mit der Nink die Anzahl der verborgenen, kaum geahnten Schwierigkeiten der „Kritik der reinen Vernunft“ ans Licht gezogen und die fernsten Konsequenzen seiner Anschauungen unermüdet verfolgt hat, ist in Wahrheit bewundernswürdig. Der Autor hat wahrlich tief geschürft. Eine kaum zu übertreffende Beherrschung des Materials trifft bei ihm zusammen mit einer erfreulichen Fähigkeit klarer und durchsichtiger Darstellung. Er verfolgt Kants Vernunftkritik bis zu den letzten Bemühungen des erlöschenden Geistes. Der Verfasser hat sich seiner Aufgabe völlig gewachsen gezeigt; er hat sie bestens gelöst. Inhaltlich gediegen, feinfühlig dem großen Philosophen an den Leib rühend, sprachlich gut deutsch und leicht verständlich, ist dieses neue Buch für jeden gebildeten und aufmerksamen Freund der Wahrheit ein zuverlässiger Führer in der Beurteilung von Kants „Kritik der reinen Vernunft“. Wer den großen Kant wirklich verstehen und nicht einseitig beurteilen will, kann an diesem neuen Werke nicht vorbeigehen. Das Werk hat den großen Vorzug, daß nicht ein oberflächlicher Kommentar, sondern eine sachliche Kritik geboten wird, die zu eigenem Philosophieren anregt. Betrachten wir nun Ninks Werk in seiner Gesamtheit, so erscheint sein Buch als eine hervorragende wissenschaftliche Leistung, der gelehrte Jesuit aber als einer der besten Kenner Kantscher Philosophie.

Als zweites grundlegendes Buch gilt: „Grundlegung der Erkenntnistheorie“. Darin liegt ein gutes Stück philosophischer Arbeit. Für das Eindringen in die Gedankenwelt der engeren Philosophie kann kaum ein geeigneteres Werk empfohlen werden, als das vorliegende Buch aus der Feder desjenigen Verfassers Caspar Nink, dem mit allem wissenschaftlichen Rüstzeug geübter Vernunft und aller Schärfe philosophischer Begriffsklarheit ausgestattetem Kritiker Kants. Klare Darstellung und leichte Beherrschbarkeit sind seltene Vorzüge eines philosophischen Werkes. In diesem Buche oder treffen sie zu. Es wird auf den ersten Blick ersichtlich, daß wir es hier nicht mit einer alltäglichen Leistung zu tun haben. Man kann ruhig behaupten, daß der Wert des Buches schon im positiven Aufbau liegt, der mit kritischer Prüfung nicht zerlegen und zerlegen, sondern zerlegen will. Wir haben hier ein Buch vor uns, das jeden anregt; schon deshalb, weil hier endlich einmal tiefgegründete Wahrheit auf dem Gebiete der Erkenntnistheorie vermittelt wird, was uns heute in unserer zeitlich zerrissenen Zeit ja näher liegt als irgend einmal.

Die Frage nach der Grundform der Erkenntnis wird in einem weiteren und allgemeineren Sinn gestellt. Aus den gewonnenen Erkenntnissen sucht nun der Verfasser mit kritischer Schärfe die systematische Konsequenz zu ziehen. Was der Verfasser will, ist: eine auf sichere Ergebnisse hin festgelegte Grundlegung der Erkenntnistheorie zu gewinnen. Aus dem gesamten Reichthum der Gestaltungs-möglichkeiten, die in der Philosophiegeschichte aufscheinen, will der gelehrte Verfasser jene Erkenntnisse herauslösen, die absolut sicher sind. Er greift einzelne der philosophischen Gedanken zur Grundlegung der menschlichen Erkenntnis heraus, geht sie in ihrer Geschichte durch, beschreibt und ordnet deren Lösungen. Indem zur Anschauung gebracht wird, wie gewisse Gedankenbewegungen in sich selbst verfallen, wie andererseits aus der Fülle des Vergangenen eine Reihe zeitüberlegener Werte herauspringt, die selbst bei kritischer Prüfung im lebendigen Zusammenhang mit der Problemlage der Gegenwart Bestand haben, soll gleichsam der geschichtliche Wegedana durch Klarstellung der Erkenntnisse, die notwendig aller Philosophie zugrundeliegen, Zeugnis ablegen zugunsten einer Anschauung, wie sie der Autor versteht.

Sehr fein durchgearbeitet ist die sachliche-kritische Auseinandersetzung mit der Philosophie Hegels. An Hand der alten findet auch die Scholastik des Mittelalters ihre Würdigung, die als die Philosophie der Jahrhundertkritik, durch Kant und Hegel lange Zeit fast verdrängt, heute aber wieder mit jugendfrischer Kraft katholischer Philosophen sich durchzusetzen sucht, ja es wagt, die kritische Sonde der falschen Philosophie Kants und Hegels als Lebensmark zu legen. Um im Gefestnisse um die Palme der Wissenschaft auch mit katholischer Weltanschauung auf der Walfahrt philosophischer Kritik bestehen zu können, hat sich Caspar Nink durch seine beiden grundlegenden Bücher überaus verdient gemacht, denn er bietet darin ein Stück der „Philosophia perennis.“ Dr. theol. Andreas Berghofer.

*) Caspar Nink: Kommentar zu Kants Kritik der reinen Vernunft. Buchverlag der Carolus-Druckerei in Frankfurt a. M., 510 Seiten, Oktav, brosch. 10.50 RM., geb. 12.— RM.

Grundlegung der Erkenntnistheorie. Buchverlag der Carolus-Druckerei in Frankfurt a. M., 510 Seiten, Oktav, brosch. 10.50 RM., geb. 12.— RM.

Die weltanschaulichen Grundlagen des Staates

Es ist immer interessant, auf Grund von Antrittsvorlesungen festzustellen, welcher Geist auf den Universitäten herrscht. In diesem Falle handelt es sich um die Antrittsvorlesung des staatsrechtlichen Ordinarius an der Universität Tübingen, des Professors Hans Gerber. Sie wurde im Juli dieses Jahres gehalten und ist nun bei Ferdinand Enke in Stuttgart erschienen. Hans Gerber zeigt sich mit dem Rechtspositivismus auseinander und lehnt ihn ab auf Grund des in seiner Antrittsvorlesung entwickelten Gedankenenganges. Das Staatsrecht beruht auf weltanschaulichen Fundamenten. Das wird an drei zusammenhängenden Teilproblemen des Staatsrechts aufgezeigt: der Frage des richterlichen Prüfungsrechts über verfassungsmäßige erlassene Gesetze, die hinlänglich zum zweiten Problemkreis,

China-Institut und religiöse Neutralität

Unter dem Titel „Kulturkampf in Geschichtebüchern“ hatten wir kürzlich das Buch der Herren Kuo und Hinkel, „4600 Jahre China“ besprochen, das die übelsten Angriffe gegen den Katholizismus richtet. Wir bemerkten, daß das Buch in Frankfurt erschien und Publikationen des dortigen China-Instituts im Literaturverzeichnis nachwies, daß der Literaturnachweis auf dürftige Vertretung katholischer Bücher über China im China-Institut schließen lasse. Wissenschaftlicher Anstand erfordert, wenigstens hier einen Ausgleich zu schaffen.

Das China-Institut hat sich nun gegen diese unfreundliche Anpreisung kräftig gewehrt. Das Buch selbst sei der Zeitung so fremd, wie irgend eine andere auf der Welt über China erschienene Schrift. Die eventuelle Benutzung von Literatur des China-Instituts mache die Zeitung in keiner Weise verantwortlich für Bücher, die mit dieser Literatur geschrieben würden. Das ist ja nun selbstverständlich, und wir nehmen nach der gegebenen Erklärung keinen Anstand, den Angriff auf das China-Institut als solches zurückzunehmen.

Steht natürlich die interessante Frage, zu der dieses Mißverständnis Anlaß gibt, ob an den in Deutschland bestehenden Universitätsinstituten zum Studium orientalischer Kulturen und Religionen die katholische Produktion auf diesem Gebiete, besonders die der Missionare, immer würdig vertreten ist. Wir wollen mit dieser Bemerkung keineswegs das China-Institut auf neue Redaktionen hinweisen. Hat es sich doch neulich noch an uns um Vermittlung eines Besprechungsexemplars des Buches von P. Pascal d'Elia S. J. über die Grundlehren Sunyatsjens gewandt. Bei solchen Gelegenheiten stellt man oft fest, daß Universitätsinstitute die Bücher fehlen, die zu den katholischen Verlagen und Schriftstellern in den Missionsländern selbst führen, während akademische Literatur prompt und schnell auf eingefahrenen Geleisen die Redaktionsstische erreicht. Kiegt das nun daran, daß man das „catholica non legantur“ auch dort praktiziert, oder begeben wir durch zu engherzige und zu „wirtschaftlich“ rechnende Propagandamethoden hier auch Fehler?

Wir hatten einen besonderen Anlaß, gegen das China-Institut mißtrauisch zu sein. Hatte es doch jüngst den buddhistischen Großabt Tai Hsi, einen Propagandanten erster Klasse, zum Kurator des Instituts ernannt. Der Herr Abt hat bei einer Deutschlandreise auch Propagandareden gehalten, in denen er gegen das Christentum polemisierte. Das Institut teilt uns durch seinen neuen Leiter, Professor Erwin Rouffelle, mit, es könne weder seine europäischen noch chinesischen Kuratoren mit Rücksicht auf irgend eine Konfession oder Religion auswählen, vielmehr erwarte es von seinen Herren Kuratoren eine Förderung seiner rein wissenschaftlichen, konfessionell und religiös durchaus neutralen Arbeit. Tai Hsi sei persönlich allerdings Propagandist, wie ja jeder Geistliche irgendeiner Religion auf der Erde (?), aber in den Verhandlungen, die man mit ihm in Frankfurt führte, sei ausdrücklich festgelegt worden, daß die Sonderabteilung des China-Instituts zur Erforschung des Buddhismus nicht in der geringsten Weise irgend etwas mit der sonstigen Propagandatätigkeit chinesischer Buddhisten zu tun haben werde. Man hat natürlich durch diese Abmachung den Herrn Großabt nicht hindern können, als Privatmann Propagandareden zu halten. Ob ein Mann, der mit dem ganzen Aktivismus eines Propagandanten nach Europa kam und nach seiner Rückkehr nach China (Chinesischer Recorder, Oktober 1929) begeistert erklärte: „Nun sind die Völker Europas endlich auf dem Punkt, zum Buddhismus über-“

zutreten“, geeignet ist, wissenschaftlich am China-Institut mitzuarbeiten, ist zweifelhaft. Man bedenke, daß der Orientale überhaupt sich schwer tut, zwischen Wissenschaft und Propaganda einen Strich zu ziehen. Sind hier nicht leicht geistige Grenzverschiebungen möglich, die unsere wissenschaftlichen Institute ohne eigenen bösen Willen um ihre Objektivität bringen können? Dabei ist ohne weiteres die bestehende Notwendigkeit zuzugeben, mit der östlichen Wissenschaft in Verbindung zu treten, wenn man über östliche Religionen wissenschaftlich arbeiten will.

Man muß sich nur fragen, ob die Wissenschaft nicht oft vor den Wagen von Propagandabestrebungen gespannt wird, ohne sich dieser Fädel bewußt zu werden. Der Buddhismus ist heute Trümpf im Westen. Die Kulturkrise rückt ihn herbei. Ist es nun nötig, daß z. B. auf dem engen Raume zwischen Frankfurt und Heidelberg zwei buddhistische Forschungsinstitute bestehen, das man in Paris und London große Wissenschaftszentren für Buddhismus errichtet, die sogar unerhüllt als Propagandazentren bezeichnet werden? Wir nehmen an, daß die deutschen Institute strenge Wissenschaft über wollen. Aber haben wir wirklich die Mittel, um zwei Buddhismusinstitute auf engem geographischen Raum auszubauen? Und wenn das Geld dazu aus dem Osten kommen sollte, wird es dann aus reiner Liebe zur Wissenschaft gespendet? Wie kam es übrigens, daß Dr. Solf, unser ehemaliger deutscher Botschafter in Tokio, bei der Eröffnung des deutschen Japan-Institutes die Frage aufwarf, ob nicht der Einfluß der buddhistischen Weltanschauung auf unser Leben im Westen ebenso fruchtbar wirken könne, wie das Christentum im fernen Osten?

Man hat Tai Hsi nachgerühmt, sein Buddhismus habe namentlich protestantische Kreise zur Nachprüfung der Anthropomorphismen (nach Menschenart gebildete Begriffe über Götter) in ihrer Religion angeleitet. Es mag ja nun sein, daß man in der protestantischen Theologie, besonders in der Auseinandersetzung mit Borth, hier interessante Anregung findet. Die katholische Theologie hätte jedenfalls eine buddhistische Belehrung über Anthropomorphismen nicht nötig.

Das China-Institut hat anlässlich unseres Artikels erklärt, es habe den festen Willen, rein wissenschaftlich, d. h. kritisch-objektiv die religiösen Fragen des Ostens zu behandeln. Es sei nicht gesonnen, durch irgendwelche Angriffe auf Christentum oder Katholizismus seine wissenschaftliche Neutralität zu verletzen. Wir begrüßen diese hocherfreuliche Erklärung. Es ist nun Sache der katholischen Wissenschaft, durch aktive Mitarbeit an diesem Institut ihm die religiöse Neutralität zu erleichtern und es nicht in eine ungewollte Isolierung versinken zu lassen. Es wäre vor allem Aufgabe der katholischen Missionswissenschaft, die enge Zusammenarbeit mit diesem Institut zu fördern. Söhne der Wissenschaft den Weg zu verlegen, ist nie Eigenart des Katholizismus gewesen. Auch wir haben ein großes Interesse an der Erforschung des Buddhismus. Spezialisten wie Professor Haushofer, München, haben hier Wertvolles geleistet. Eine wirklich neutrale Buddhismuswissenschaft können wir nur begrüßen, da sie nach unserer Auffassung in eine ungewollte Herausstellung der Lebenswerte des Christentums ausmünden wird. Joseph Peters.

zur Frage der Grundrechte (das betrifft also die Weimarer Verfassung); letztere aber, wie überhaupt das Rechtsleben eines Staates, beruht im Grunde auf der unbedingt verpflichtenden Anforderung eines weltanschaulichen Bekenntnisses.

Der Rechtspositivismus erklärt schon die Stellung dieser Frage für unzulässig. Er ist, wie der Positivismus überhaupt, die in wissenschaftliche Form gebrachte Auffassung des Liberalismus, für den es, wie in ökonomischer Hinsicht, so auch in wissenschaftlicher keine überirdischen, allgemein bedeutenden Werte gibt. Der bekannteste Vertreter dieser Auffassung im Staatsrecht ist Kelsen, für den die Geltung eines Gesetzes nur davon abhängt, daß es formal einwandfrei erlassen worden ist. Damit wird nicht nur, wie Hans Gerber feststellt, die Gerechtigkeit im Rechtsleben vollkommen relativiert (nämlich in bezug auf den Gesetzgeber), sondern auch der Unterschied zwischen Gerechtigkeit und Willkür aufgehoben. Er stellt demgegenüber den Satz von der Gerechtigkeit des Rechts als seinem tiefsten Wesenszug“ und das „kann daher nur eine über Recht und Staat, ja über alle Empirie hinausgreifende Werthaftigkeit sein.“

Diese feststellungen sind sehr wichtig, wichtiger, als der glauben mag, der das nur so oberflächlich liest. Denn hier liegt der Unterschied zwischen einem formalen Parlamentarismus und einer Volksvertretung in einer richtig verstandenen, nach der Idee der Gerechtigkeit geleiteten Demokratie. Hier liegt auch der Unterschied zwischen Diktatur und Rechtsstaat. Das sind Gedanken, die uns in der Gegenwart auf das tiefste bewegen, weil sie von brennender aktueller Bedeutung sind. Gehe ich rechtspositivistisch vor, dann kann der Gesetzgeber, nach der Weimarer Verfassung also der Reichstag, Gesetze machen wie er nur will, wenn sie nur formal den Erlaßbestimmungen entsprechen. Das ist also die vollkommene, sich über die Gerechtigkeit hinwegsetzende Diktatur des Parlaments bzw. seiner Mehrheit. Von dieser Diktatur bis zu der des Faschismus bzw. Bolschewismus ist nur ein kleiner Schritt, bestehend in einer Aenderung der formalen Bestimmungen. Von dieser formalen Demokratie scheiden wir uns. Wie Hans Gerber sieht wir auf dem Boden der Anschauung, „das Rechtsleben eines Staates beruht im Grunde auf der unbedingt verpflichtenden Anforderung eines weltanschaulichen Bekenntnisses.“

Das hat unser Autor auf Grund seiner Untersuchung gegen den Rechtspositivismus aus der Weimarer Verfassung festgehalten. Hier tritt aber eine weitere Schwierigkeit auf: welchen Bekenntnisses? Hans Gerber weist in der Weimarer Verfassung in „groben Andeutungen“ drei nach: für das Vereins- und Versammlungsrecht wird das Wertsystem des liberalen Individualismus anerkannt; sozialistisch kann das Recht der Bodenverteilung genannt werden, soweit es verfassungsgemäß festgelegt ist, das bezieht sich auch auf Bodenverteilung und Gemeinwirtschaft; dem Artikel über das Minderheitenrecht dagegen liegt die christlich-nationale Grundanschauung zu Grunde. So sind also in einem weltanschaulich differenzierten Staate verfassungsrechtliche Regelungen dort nötig, wo Widersprüche bedrohlich sichtbar sind und wo sie eindeutig und klar entschieden werden müssen, damit nicht durch den Widerspruch verschiedener weltanschaulicher Wertsysteme (in Deutschland also Katholizismus, Protestantismus, Marxismus-Sozialismus) der Gemeinschaftsfriede in Frage gestellt wird. Das nun ist nach Hans Gerber der Sinn des Staates, ein umfassender Vergemeinschaftungsprozess zu sein. Dem

können wir zustimmen, auch dem, daß die ununterbrochene Vergemeinschaftung mit dem besonderen Mittel des Rechtes geschieht. Daraus erkennen wir am besten unseren Abstand zu formalem Parlamentarismus und zur Diktatur. J. P.

Deutsche Nachgotik*)

Die Frage des Wiederauflebens scheinbar untergegangener Kulturen ist eine der interessantesten der Geschichte und der Geschichtsforschung. Typisch für die Wirkung solches Wiederauflebens ist das der Antike in der Renaissance. So lebt auch das Mittelalter mit Beginn der Romantik wieder auf — eine Bewegung, in der wir heute noch stehen — und der Historismus des 19. Jahrhunderts baut nicht nur antik, sondern auch im Renaissancestil und in romanischen und gotischen Formen.

Die positive Würdigung derartiger Erscheinungen in der Kunstgeschichte führt zur Frage nach der vorhandenen Verbindung der ähnlichen Absichten verfolgenden Zeitalter. Und hier werden die Erscheinungen des Nachlebens bereits nicht mehr führender Stilabschnitte bedeutungsvoll, Erscheinungen, die gewiß nicht der Glanz klassischer Repräsentation ihres Zeitalters umstrahlt, die aber um so mehr über die verschlungenen Wege des inneren Lebens und Denkens einer Periode ausfragen und davor warnen, das Leben der Geschichte allzu schnell in Schlagworten abzutun.

Solch eine Erscheinung ist das Nachleben der Gotik durch Renaissance und Barock hindurch, wie es den Gegenstand von Kirchsbaums Buch bildet. Die Gotik als spezifisch deutsche Angelegenheit ist eine Formulierung, die nur bedingten Wert hat. Anders aber steht es mit der Spätgotik, deren bedeutendste Werke Deutschland und das verwandte England hervorbrachte und ihrer Fortsetzung, eben der Nachgotik. Kirchsbaum bemüht sich in seinem Buch mit Erfolg, das reichliche Material der verschiedenen deutschen Länder zu sichten und zusammenzustellen. Er bietet damit die erste Gesamtübersicht der deutschen Nachgotik, nachdem Jos. Braun S. J. und G. Tietze, gelegentlich auch andere Forscher, Vorarbeit auf einzelnen Gebieten geleistet haben.

Was die stilistische Deutung betrifft, so gibt vor allem das zweite Kapitel des zweiten Teils „Nachgotik und Neugotik“ wichtige Hinweise auf den Unterschied der Stellung zur Gotik in den verschiedenen Epochen.

Wenn etwas noch zu wünschen wäre, so ist es dies, daß der Auffassung der Gotik im behandelten Zeitraum die entsprechende geistesgeschichtliche Begründung gegeben werden könnte, wobei wir an das aus den Auseinandersetzungen zwischen „Reformation“ und „Gegenreformation“ erwachsende Problem des Historismus überhaupt denken. Denn gerade darin, daß die Gotik in dieser Zeit als „religiöser“, als „kirchlicher“ Stil gepflegt und konzentriert wird, liegt ein eigentümliches, das in Verbindung mit dem Begriff der „Melancolie“ im engeren und weitesten Sinne des Wortes zusammenzufassen werden müßte. Dr. —.

*) Engelbert Kirchsbaum, Deutsche Nachgotik. Ein Beitrag zur Geschichte der kirchlichen Architektur von 1550—1800. Dr. Benno Fischer Verlag, Augsburg 1930. Geb. 15 RM.

Der gelbe Diwan

Von V. Williams

Er wollte gerade etwas sagen, aber der Fremde packte ihn beim Kragen und zog ihn aus seinem Winkel hervor.
 „Ginaus mit dir!“ befahl er kurz.
 Mr. Sofer hielt sich nicht mit Einwendungen auf. Seine Gewohnheit, achtzehn Stunden von den vierundzwanzig des Tages den Hut auf dem Kopfe zu behalten, erlaubte ihm, ohne weiteres auf der Straße zu erscheinen. Mit zwei Sprüngen war er draußen und lief, was er konnte, die Straße hinab.
 Mrs. Amfchel aber saß unbeweglich, weiß bis an die Rippen und starrte mit hervortretenden Augen auf den Fremden, der ihren Blick mit einem eifrigen Nicken um seinen harten, grausamen Mund erwiderte.

XIV

Monsieur Boulot sucht das Motiv

Am Damenklub der Bondstraße herrschte die mittägliche Ruhe eines Sommertags. Katie Carroll und Violet Morris, die beiden Serbierfräulein, standen am Tisch neben dem Speisenaufzug und sahen in ihren grauen gleichmäßigen Dienstkleidern, den weißen Schürzen und weißen Häubchen hübsch aus. Sonst hatten sie um diese Zeit nichts zu tun, bis die Klubmitglieder zum schwarzen Kaffee und später in hellen Scharen zum Tee kommen würden.

Die beiden unterhielten sich leise über die Ermordung von Mrs. Cranmore. Katie Carroll war die letzte gewesen, die mit der schönen Mrs. Cranmore gesprochen hatte, und ihr stammend rotes Haar war demgemäß von der Gloriole der Sensation umgeben. Seit der „Planet“ ihren Namen genannt hatte, war es ein begehrtes Ziel der Zeitungsphotographen, „das rote Serbierfräulein“ auf ihre Platten zu bringen.

Es war aber jetzt kein Zeitungsmensch, der auf sie zukam, sondern Sawfins, der Klubpikolo, der ihr mitteilte, daß sie unten im Bureau von einem Herrn erwartet würde. Und fast ehe er noch seine Visitenkarte ausgebreitet hatte, klingelte das Klublephon und die strenge Stimme von Miß Hardbake, der Sekretärin, forderte sie auf, sofort hinunterzukommen.

Der Herr, der sie zu sprechen wünschte, war Boulot. Er hatte sich bei Miß Hardbake mit einer Visitenkarte Cranmores eingeführt und erklärt, daß er an Stelle seines unglücklichen Freundes gekommen wäre, um einige Auskünfte zu erlangen. Seine natürliche Liebeshübschheit, eine gewisse überaus reiche Art und vor allem die Erwähnung der Gräfin Harraddeen, von der er nicht mehr wußte, als daß ihr Name im Mitgliederverzeichnis des Klubs stand, hatten genügt, ihm das Herz der alten Jungfer zu erschließen, die dem Klub als bezahlte Sekretärin vorstand.

Von ihr erfuhr er, daß es nicht möglich gewesen war, die Stunde genau festzustellen, wann Mrs. Cranmore am vergangenen Tag in den Klub gekommen war. Daß sie zwischen fünf und halb sechs Uhr dagewesen war, schien jedoch sicher. Mehrere Mitglieder hatten sie gesehen, aber nichts Ungewöhnliches an ihr bemerkt. Sie war wie immer gewissenhaft erschienen, noch hatte sie mit irgend jemand gesprochen. Die einzige, die eine gewisse Ungebuld an Mrs. Cranmore beobachtet haben wollte, war das Serbierfräulein, das ihr den Tee gebracht hatte. Aber auch erst dann, als sie nach der Rechnung rief, vorher sollte sie wie immer gewissenhaft sein. Und gerade deshalb war es dem Mädchen aufgefallen, weil Mrs. Cranmore sonst immer die Liebeshübschheit selbst gewesen war.

„Vielleicht“, schloß Miß Hardbake, „möchten Sie das Mädchen selbst sehen und mit ihr sprechen?“
 Boulot erklärte zwar, daß das doch ihre Güte zu sehr in Anspruch nehmen hieße, aber Miß Hardbake, bezaubert durch seine Höflichkeit, mit der sie sonst nicht allzusehr verwöhnt zu werden schien, ließ sich, wie er natürlich erwartet hatte, nicht abhalten, sogleich in den oberen Stock hinaufzutelephonieren, und zwei Minuten später stand Katie Carroll schüchtern und zitternd vor dem Franzosen.

Boulots erster Blick galt immer den Augen. Seinetwegen, pflegte er zu sagen, könne alle Welt den Hahn tragen, solange die Augen sichtbar blieben, wäre er imtande, tiefer in die menschliche Seele zu schauen als ein anderer, dem die ganze Gestalt zur Verfügung stände. Katie Carrolls Augen befragte ihn. Es waren ehrliche und, was ihm in diesem Fall noch wichtiger war, kluge Augen, die ihn nun gespannt und etwas furchtbar anblickten.

„Mrs. Hardbake sagte mir, daß Sie Ihre Aussage bei der Polizei schon abgegeben haben, Fräulein. Sie wird Ihnen sicher von großem Nutzen gewesen sein. Aber eine kleine Frage möchte ich noch an Sie stellen. Aus welchem Grunde wollten nach Ihrer Ansicht Mrs. Cranmore den Klub in solcher Eile verlassen?“

„Ich weiß wirklich nicht“, antwortete das Mädchen fast unhörbar.

„Kam irgend jemand, den sie vielleicht nicht zu sehen wünschte?“

Katie schüttelte den Kopf.

„Es waren nur ganz wenige Damen da, und keine kümmerte sich um Mrs. Cranmore. Ich habe die ganze Zeit hingesehen.“

„So — Sie haben die ganze Zeit hingesehen. . . Wollen Sie mir jetzt auch sagen, in wie fern Sie die ganze Zeit hingesehen haben?“

Das Serbierfräulein errötete tief.

„Weil“, entgegnete sie endlich zögernd, „Mrs. Cranmore so eine wunderhübsche Dame war. Wir haben immer alle hingesehen, wenn sie da war.“

„Das kann ich wohl verstehen“, erklärte der Franzose lächelnd. „Wollen Sie nun so gut sein, mir der Reihe nach genau zu erzählen, was Mrs. Cranmore tat vom Augenblick an, als sie den Klub betrat — alles, gerade so, wie Sie sich daran erinnern.“

„Also, Carroll!“ warf die Sekretärin ermutigend ein. „Wie die Dame kam, habe ich gar nicht gesehen. Ich war da gerade in der Küche drinnen, und wie ich wieder raus kam, sah ich Mrs. Cranmore an einem Tisch beim Fenster. Und da ging ich hin und fragte sie, ob sie etwas genießen wolle, und sie sagte, sie möchte Tee haben und ein Stück Kuchen könnte ich ihr auch bringen, und dann brachte ich ihr das, was sie bestellt hatte, und sie sagte: „Danke schön, Katie!“, wie sie immer tat, wenn man sie bediente, und dann trank sie ihren Tee, so ganz für sich.“

„Niemand hat mir ihr gesprochen?“

„Rein, Herr.“

„Und wie sie mit ihrem Tee fertig war, was tat sie dann?“

„Gar nichts tat sie, und dann brachte ich ihr die Abendzeitung.“

„Welche Zeitung?“

„Den Abend-Kurier.“

„Und dann?“

„Dann klopfte sie plötzlich an ihre Tasse, und ich war grad auf der anderen Seite, und wie ich hintrömmelte, sagt sie ganz scharf: „Warum kommen Sie nicht, wenn ich Sie rufe? Bringen Sie mir sofort die Rechnung.““

„Sie waren wohl erstaunt, weil sie noch nie so mit Ihnen gesprochen hatte?“

„Das Serbierfräulein nickte eifrig.“

„Was tat sie, als Sie ihr die Rechnung brachten?“

„Nichts tat sie. Sie starrte nur immer auf die Zeitung und bemerkte es gar nicht, daß ich mit der Rechnung neben ihr stand.“

„Und wie sagten Sie, daß die Zeitung heißt, die Sie ihr zuerst gebracht hatten?“

„Der Abend-Kurier.“

Boulot wandte sich an die Sekretärin.

„Die Abendzeitungen haben wohl mehrere Ausgaben hier. Welche Ausgabe kann das gewesen sein?“

„Das kann ich Ihnen genau sagen“, fiel Katie ein. „Die Spezialausgabe, so heißt sie, und sie kommt immer ein Viertel nach fünf Uhr.““

Boulot machte in sein kleines Notizbuch einige Eintragungen. Dann erhob er sich.

„Vielen Dank für Ihre große Liebeshübschheit. Ich möchte Sie nun aber nicht mehr länger aufhalten.“

Er verbeugte sich vor Miß Hardbake, dann vor Katie Carroll.

Madame — Mademoiselle . . .

Draußen in der Bondstraße war der Verkehr auf seinem Höhepunkte. Boulot wurde im Gedränge mehr als einmal

Bunter Alltag

Schuhputzer und Staatspräsident.

Spanische Zeitungen entnehmen der argentinischen Presse kurose Berichte über den Vertrauten und Berater des abgesetzten argentinischen Staatspräsidenten Irigoyen, Diente Scarlatto, der als „Schuhputzer“ beschrieben wurde. Unterirdische Gänge sollen sich im Laden dieses Schuhputzers befinden haben, der sich des größten Einflusses auf die Regierung erhebt habe. Irigoyen habe ihn zum Lotterieteilehaber gemacht, so daß er monatlich 10 000 Dollars und mehr verdienen habe. Als alle anderen Freunde des gestürzten Präsidenten verlassen hätten, war es Scarlatto, der aus angesehenen Maschinenwerkzeugen herbeibringen ließ und damit eine Gegenrevolution versuchte. Er ist jetzt verhaftet und es sind Anzeichen dafür vorhanden, daß ihm seine politischen Gegner zum Tode verurteilt werden.

Die Bernhardiner-Mönche gründen ein Kloster in Tibet.

Die Mönche des berühmten Bernhardiner-Klosters in den Alpen stehen im Begriff, am anderen Ende der Welt, gleichfalls mitten im Schnee, nämlich in Tibet, ein Kloster zu gründen. Zwei Mönche sind bereits in Wei-Si, 16 000 Fuß über dem Meerespiegel, angelangt. Priefer der Uebersee-Mission, die seit 50 Jahren eine Prierestation in Wei-Si unterhalten, werden sie in ihrem Unternehmen unterstützen. Das Bernhardiner-Kloster ist im Jahre 992 von dem hl. Bernhard von Menthon gegründet worden. Wie man weiß, ist es am Gipfel eines Passes gelegen, an dem die durchschnittliche Temperatur im Winter 22 Grad unter Null beträgt.

Italienisch-französischer Streit um den Montblanc.

Aus einem Aufsatz des Deputierten De Venemia im „Popolo d'Italia“ geht hervor, daß Frankreich den Gipfel des Montblanc für sich beansprucht, während Italien auf dem Standpunkt steht, daß er Italien gehört, weil ein Italiener Dalma zum ersten Male den Gipfel erklimmt und dort 1786 das faschische Hoheitszeichen aufrief. In dem Aufsatz heißt es, daß aus geographischen, historischen und sportlichen Gründen der Gipfel des „Giganten von Europa“ zu Italien gehört.

Der Weihnachtsmann unter militärischer Eskorte.

Bernard Ellis, der nicht etwa, wie man vermuten könnte, Bootleger, sondern der ehrenwerte Vertreter eines angesehenen Londoner Weinhauses ist, hat seinem Haus amerikanische Aufträge im Werte von 40 000 Mark überbracht. Die Bestellungen lauten auf



Hindenburg empfängt den neuen Sowjetbotschafter

Leo Chinschul, der neue russische Botschafter in Berlin, verläßt das Reichspräsidentenpalais, nachdem er dem Reichspräsidenten sein Beglaubigungsschreiben überreicht hat.

gestreift und angestochen. Aber er merkte es nicht. Vor seinem Geist stand das schöne Gesicht Carmen Cranmores, wie er es auf dem armeligen Sofa im Hinterzimmer Mr. Rudwicks gesehen hatte. War es das Gesicht eines schuldlosen Opfers? Oder einer Sünderin, die plötzlich zur Reue erwacht worden war?
 Darauf wußte er keine Antwort.

XV

Manderton auf der Höhe

Boulot sah auf die Uhr. Ein paar Minuten noch ein Uhr. Also noch fast zwei Stunden, ehe er sich auf der Station einfinden sollte. Genügend Zeit zu einem gemütlichen Mittagessen. Er entschloß sich schnell und trat in ein kleines französisches Restaurant ein, wo er, der warmen Begrüßung durch die dicke Wirtin nach, wohl bekannt war.

Nur der neue Kellner schien weniger erfreut, ihn zu sehen. Als Madame ihn beorderte, dem Gast Hut und Stock abzunehmen, blieb er wie erstarrt vor ihm stehen und blickte ihn mit halb erschrockenen, halb trotigen Augen an.

„Wir kennen uns doch“, sagte Boulot unbefangen, und als der andere sich nicht rührte, griff er nach seiner Hand und rief: „Eine Ehre für mich, einem Verbunkämpfer die Hand zu schütteln!“

„Was, Sie Esel!“ fiel die Wirtin ein. „Sie waren bei Verdun und haben uns nie etwas davon gesagt!“

Gaston, der Kellner, blickte mißtraulich vom einen zum anderen.

„Hab nichts getan als meine Pflicht . . .“ brummte er.

„Eine Ehre für mich!“ wiederholte Boulot und flüsternte schnell zu: „Dummkopf, ich erinnere mich an nichts mehr. Die Vergangenheit ist vergessen — ausgekostet vor Verdun!“

Langsam breitete sich ein verheißendes Lächeln über das barmherzige Gesicht Gastons, während er ebenso leise zurückgab: „Sie wissen noch immer alles, genau so wie früher. Katon! Aber nicht wahr, Sie sagen denen hier nichts. Ich hab reinen Tisch mit dem — anderen gemacht. Und das neue Leben freut mich. — Gleich sollen Sie bedient werden.“

Er sprang die Treppe hinab, die zur Küche führte, um unten dem Wirt zu verkünden, welch hochgeschätzter Gast bei ihnen eingekehrt wäre. Was Monsieur Boulot zu solchen Anstrengungen seiner nicht gewöhnlichen Kochkunst begeisterte, daß drei Uhr schon vorüber war, als Boulot endlich, geküßt und in bester Laune das Speisehaus verließ.

(Fortsetzung folgt.)

Weine und Liköre für das trodene Amerika. Die Auftraggeber sind die 40 ausländischen Botschaften und Gesandtschaften in Washington, die auf Grund der Exterritorialität den Vorteil haben, nicht dem Prohibitionsgesetz unterworfen zu sein, und sich deshalb zur Erhöhung der Festfreude einen guten Tropfen leisten dürfen. Vertreter jeder Gesandtschaft werden die Kisten mit dem kostbaren Inhalt bei der Landung in Empfang nehmen, um sie, von einer bewaffneten Wachmannschaft eskortiert, durch das dürstige Amerika nach Washington zu schaffen.

Orva, die italienische Tischkete.

Ueber die Aufgaben der neuen italienischen Geheimpolizei „Orva“, von der kürzlich zum ersten Male in einer amtlichen Verlautbarung die Rede war, bringt die „Tribuna“ noch einige bemerkenswerte Einzelheiten. Statt daß wie bisher ein Geheimpolitist oder zwei Verdächtige verfolgt und dadurch auffallen, wird jetzt die Heberwagung durch ganze Motten von Freiwilligen ausgeführt, die im Meer, in der Flotte und sogar in der Viafif tätig sind. Es sind ihnen besondere Vollmachten im Post- und Telegraphendienst verliehen, was wohl heißt, daß Postbeamte zur Orva gehören. (Von der Wahrung des Postgeheimnisses kann dann, wie natürlich auch beim Bankgeheimnis, keine Rede mehr sein.)

Streichholz-Dämmerung?

Die Feuerzeuge besitzen nur allzu oft den Nachteil, gerade dann kein Feuer zu geben, wenn man es dringend braucht. Von den solideren Streichhölzern kann man das zwar nicht behaupten, dagegen macht sie ihre kurze Lebensdauer zu einem nur unvollkommenen Hilfsmittel des Alltags: Einmal entzündet, geben sie Feuer, um dann für immer zu verlöschen. Neuerdings hat man einen „Streichholzersatz“ hergestellt, der die Vorteile der genannten Zündmittel vereinigt und ihre Nachteile vermeidet. Der Streichholzersatz besteht aus einer in Stäbchen geformten Masse, die durch Reibung entzündet wird und nach dem Auslöschen durch neuerliche Reibung wieder zur Entzündung gebracht werden kann. Mit einem dieser Stäbchen ließ sich demnach durch bloße Reibung zu wiederholten Malen Feuer erzeugen. Die rätselhafte Masse enthält eine brennbare organische Substanz, z. B. nitrierte Zellulose, Bisfite u. a., und ein Reibungszündmittel (Phosphor, Schwefel u. a.). Das Mengenverhältnis dieser beiden Stoffe ist so ausgewählt, daß die Verbrennungsgeschwindigkeit herabgesetzt und dadurch die Wiederentzündung ermöglicht wird. Außerdem müssen der Masse noch Verbindungen zugefügt werden, die den für die Verbrennung notwendigen Sauerstoff liefern. Die ganze Masse wird mit Formaldehyd gehärtet. Es bleibt abzuwarten, ob die Erfindung die für sie gemachten Versprechungen in der Praxis auch hält.

Neue Metallmischungen.

Bei der Herstellung von Lagermetallen stößt man auf eine große Schwierigkeit, weil das eine Metall rascher als das andere schmilzt. Hierdurch werden sogenannte „Wurmlöcher“ gebildet, die im Maschinenbau unangenehm bemerkt werden, weil sie als Ursache unermünschter Reibung angesehen werden. Jetzt ist es gelungen, geschmolzene Metalle mit größter Leichtigkeit und den gleichen Ergebnissen zu mischen. Das Verfahren beruht in dem Zusatz einer kleinen Menge der sogenannten seltenen Erden, besonders des Zers, Vanthans, Thoriums und Zirkoniums. Durch einen solchen Zusatz gelang es, aus Blei und Kupfer eine Bronze herzustellen, deren Korn so fein ist, daß bei einer Verwendung in Lagern keine „Wurmlöcher“ zu befürchten sind. Blei schmilzt gewöhnlich bei 370 Grad Celsius, aber in der neuen Legierung mit Kupfer kann es auf 780 Grad Celsius erhöht werden. Versuche mit Stahl-Wolfram-Chrom-, Stahl-Kupfer-Chrom-, Wolfram-Nickel-Chrom- und Aluminium-Kupfer-Legierungen führten zur Angabe einer neuen Legierung, die so hart ist, daß sie Glas zertrübt und rotglühend bis in Nähe ihres Schmelzpunktes bei 1700 Grad Celsius noch einen verhältnismäßig hohen Festigkeitsgrad besitzt. Legierungen dieser Art haben sich für die Mäander von Dampf- und elektrischen Schaufeln usw. bestens bewährt.

Der größte Lastran der Welt in Kanada.

Aus Welland in der kanadischen Provinz Ontario wird berichtet, daß der größte Lastran der Welt, der 500 Tonnen verfracht haben kann, von der Collingwood-Werft für die kanadischen Eisenbahnen fertiggestellt worden ist. Er wird am Wellandkanal stationiert und soll eigentlich nur zur Auswechslung der Schlenstentore benutzt werden. Die Baukosten des Ungetüms, das bei der Fahrt durch den Kanal wie ein Schlachtschiff ohne Kanonen aussah, stellten sich auf 1 500 000 Dollars.

Badische Chronik

G'ückwunsch zum Berufsjubiläum

Anlässlich des 25jährigen Berufsjubiläums des Herrn Direktor M. ...

Zum Silberjubiläum ihrer Tätigkeit als Vorstand der oberbadischen ...

Busenbach, 16. Dez. (Verlust.) Auf eine etwas eigentümliche Art ...

Sternfels bei Breiten, 16. Dez. (12 Meter in die Tiefe.) Der Mechaniker Eugen Schmidt ...

Die Heidelberger Schlosswirtschaftsfrage

Heidelberg, 16. Dez. In der Frage der Schlosswirtschaft ist, wie die ...

Schüsse in erleuchtete Zimmer.

Mannheim, 16. Dez. Am Samstag und Montag Abend wurden verschiedene Bewohner ...

(.) Tauberhofsheim, 16. Dez. (Einführung der Bürgersteuer.) In der ersten Gemeinderatsitzung ...

Freiwillige Gehaltskürzung

Donaueschingen, 16. Dez. Die Gruppe des See- und Schwarzwaldkreises ...

—aa— Lauda, 16. Dez. (Erste Sitzung des neuen Gemeinderats.) Bei der ersten Sitzung ...

Das Baden-Badener Theater bleibt erhalten.

Baden-Baden, 16. Dez. In seiner gestrigen Sitzung hat der Kuratoriumsrat ...

Karl, 16. Dez. (Schwere Verbrennungen.) Der 27 Jahre alte Georg Weimann ...

Kehl, 16. Dez. (Neuer Bürgermeisterstellvertreter.) In der ersten Sitzung ...

Willingen, 16. Dez. (Einheitsliste für die Kreisratswahlen.) Für die Kreisratswahlen ...

Donaueschingen, 16. Dez. (Brand.) Dienstag früh brach in dem Anwesen ...

Familientragödie

Freiburg, 16. Dez. In einem Hause der Mösestraße wurde der 50jährige ...

Bei den Neuroner Mönchen

Ein geschätzter Mitarbeiter schildert im Nachstehenden seinen Eindruck ...

Am ersten Adventssonntag letzten Jahres stattete der süddeutsche Rundfunk ...

Der hochw. Vater Erzabt hat, getreu seinem damaligen Versprechen ...

Auf ein Zeichen erscheinen überall her die Mitglieder der Klosterfamilie ...

verneigen. Der Vater Kobizenmeister nennt die Namen der vier ...

Im zweiten Teil folgt die eigentliche Einleitung. Wiederrum ...

Ganz ergriffen von den unverfälschten Eindrücken geleitet ...

Der Rundfunkleiter spricht dem Erzabt seinen und der gesamten ...

Wetterbericht

Allgemeine Witterungsübersicht. Karlsruhe, 16. Dezember. Ein Zwischenhoch ...

Voranschlägliche Witterung für Mittwoch: Vielfach neblig, keine nennenswerten Niederschläge ...

Wasserstände des Rheins am Dienstag, 16. Dezember, morgens 8 Uhr ...

Amlicher Schneebericht

Feldberg-Rossfation: bewölkt, -6 Grad, 25 Ztm. Pulver, Ski und ...

Triitzsee: bewölkt, -7, 16 Ztm. Pulver, Model und ...

St. Georgen: heiter, -8, 2 Ztm. Firn, kein Sport.

Mühlstein: heiter, -7, 15 Ztm. Rauheis, Ski gut, Model möglich.

Sand: heiter, -4, 10 Ztm. Pulver, Ski und Model möglich.

Herzenwies: heiter, -7, 10 Ztm. Pulver, Ski und Model stellenweise.

Hundesd.: heiter, -5, 12 Ztm. Pulver, Ski und Model gut.

Bühlerhöhe-Plättig: heiter, -2, 5 Ztm. Pulver, Ski möglich, Model gut.



Für das Kind

Wollstrumpf plattiert, mod. Sportmodelle, beson. gute Gr. 86-1 75,-

Pullover mit Reißverschluss oder Weste mit Gürtel 2.50

Schlupfsocken, Kunstseidenstoffe, innen geraut, mit kleinen Fehlstellen, alle Größen 60,-

Hemd hose normalfarbig, mit langem Arm Größe 60 1.45

Schürze Zellr Größe 40-50 50,-

Schirme fester Stoff 2.60

Neue Sprachgestaltung

An der Tat ist dies eine seltene Schrift, die auf der einen Seite versucht, alle im Gebiet der Stammatik heimischen Fremdwörter ...

Genügt erscheinen mir andererseits die Ausführungen über „Zeichnung, Hauptwort und Beiwortung“ ...

* Hans Lorenz Stoltenberg, Neue Sprachgestaltung. Ein Handbuch für Sprachlehrer, für Fortschritte und Anfänger ...

Die Spendenverteilung der Karlsruher Notgemeinschaft

Neben der Aufbringung der Spenden zur Ermöglichung wirksamer Hilfe ist die Frage der Verteilung an die Bedürftigen eine der wichtigsten. Nur wenn eine gerechte und gleichmäßige Verteilung der Gaben in allen Stadtteilen gewährleistet wird, kann die große Gabebereitschaft geweckt und erhalten und so das Vertrauen der Bedürftigen herbeigeführt werden.

Aus den Erfahrungen der Gabenverteilung bei der früheren Winterhilfe Karlsruhe hat der Arbeitsausschuß der N. N. G. Richtlinien ausgearbeitet und inzwischen beschlossen, die den vorstehend genannten Gesichtspunkten Rechnung tragen. Da die Defizitfähigkeit Interesse an diesen Richtlinien hat, seien ihre hauptsächlichsten Bestimmungen nachstehend wiedergegeben.

Bedacht wird von der Karlsruher Notgemeinschaft jeder Notleidende, der einen Unterstützungsantrag an sie richtet und der nach Prüfung seiner Verhältnisse als bedürftig und würdig angesehen wird. Als bedürftig gelten: Versäumdete Arme, Unterstützungsempfänger, Rentenbezieher und sonstige Personen, deren Einkünfte infolge ihrer besonderen Verhältnisse zum Lebensunterhalt nicht ausreichen.

Die Bedürftigen haben ihre Meldung, am besten geschieht dies persönlich, bei einer der bereits bekanntgegebenen Anmeldestellen abzugeben. Hier erfolgt die genaue Prüfung des Unterstützungsantrags und wird der Antragsteller, falls er als bedürftig angesehen wird, einer der vom Arbeitsausschuß festgesetzten Bedürftigkeitsgruppen (A-F) zugeteilt. Diese Zuteilung erfolgt auf Grund der Zahl der zum Familienhaushalt des Antragstellers zählenden bedürftigen Personen und sonstiger besonderer Verhältnisse (Krankheit, hohes Alter usw.).

Jeder als bedürftig Angesehene erhält von der Anmeldestelle einen Ausweis, den er zum Gabenempfang benötigt. Jeder angestellte Ausweis geht in Durchschrift an die zentrale Kartei der Notgemeinschaft, um so von vornherein jeden Doppelpfand und möglichst jede Unredlichkeit zu vermeiden.

Die Gabenverteilung selbst erfolgt durch die Anmeldestelle, die allein für die Verteilung der bei ihr gemeldeten Hilfsbedürftigen

zuständig sind. Die Menge der auf jede Gruppe entfallenden Spenden wird einheitlich jeweils durch den Arbeitsausschuß bestimmt.

Der Arbeitsausschuß der Karlsruher Notgemeinschaft hat beschlossen, noch vor Weihnachten die kinderreichen Familien mit Brennstoff und Kartoffeln zu versehen. Die Ausgabe dieser Spenden an die Bedürftigen der Gruppen A-C ist bereits im Gange. Außerdem erhalten alle von der Karlsruher Notgemeinschaft als bedürftig angesehenen Familien je einen Gutschein für ein Einheits-Lebensmittelpaket, bestehend aus 8 Pfd. Mehl, 1 Pfd. Fett, 1 Pfd. Zucker und 1 Pfd. Malzaffee. Der Karlsruher Notgemeinschaft war es außerdem möglich, eine Anzahl ihr zur Verfügung gestellter Theaterkarten sowie 600 Konzertkarten zur Verteilung zu bringen. Die Karlsruher Notgemeinschaft hat es sich ja zum Ziel gesetzt, nicht nur die wirtschaftliche Not zu lindern, sondern auch durch Unterhaltung und Belehrung die seelische Not zu bekämpfen und damit die Hoffnung und den Lebenswillen aller Karlsruher Notleidenden wieder aufzurichten.

Karlsruher Ständebuch-Auszüge

Todesfälle. 12. Dezember: Maria Bruch, Ehefrau von Leopold Bruch, Justizoberinspektor, 63 Jahre alt; Beerdigung schon geschehen. Maria Stied, Witwe von Peter Stied, Kesselschmied, 77 Jahre alt; Beerdigung schon geschehen. Theodor König, Chemiker, Oberwerkmeister, 69 Jahre alt; Beerdigung schon geschehen. 13. Dezember: Amalie Reibhart, Ehefrau von Johannes

Reibhart, Professor, 65 Jahre alt; Beerdigung schon geschehen. Katharina Ehlig, Ehefrau von Julius Ehlig, Fabrikant, 60 Jahre alt; Beerdigung schon geschehen. Mathilde Knab, Witwe von Albert Knab, Hausmeister, 70 Jahre alt; Beerdigung schon geschehen. 14. Dezember: Luise Seiler, Ehefrau von Florian Seiler, Schneidermeister, 63 Jahre alt; Beerdigung schon geschehen. 15. Dezember: Wilhelm Ruzmann, Chemiker, Kaufmann, 61 Jahre alt; Beerdigung in Mühlburg.

Tages-Anzeiger

für Mittwoch, den 17. Dezember 1930.

Bad. Landestheater. 20-23 Uhr: Der lustige Krieg.
Colosseum. 20 Uhr: Kapitän Wintons tauchende Wasserlöwen und Nymphen.
Bad. Kunstverein e. V. Waldstraße 3. 10-1 und 2-4 Uhr: Weihnachts-Ausstellung.
Bad. Lichtspiele - Konzerthaus. 20.30 Uhr: Schwarzwaldmädel.
Union-Theater. Das Mädchen aus der Provinz.
Palast-Theater. Troia und Größ mir die Heimat.
Reif-Lichtspiele. Auf der Tigerjagd in Indien.
Gloria-Palast. Der Greifer.
Café Bauer. 20.30 Uhr: 1. Sondernonzert der Kapelle Franz Djenege.

Harmonium

8 Register Mk. 390.-
13. mit Aeoloharfe Mk. 580.-

H. Maurer
Kaiserstr. 176, Ecke
Hirschg.

Photographie

Erstklassige Leistungen

Kußer 1 gesenkte Preise
Bitte Schauhalle beachten

Rausch & Pester

Erbrinzenstraße 3, am Rondellplatz • Telefon 2678

Schönstes u. billigstes Weihnachtsgeschenk
Sonntag von 11-6 Uhr geöffnet!

Amtliche Anzeigen.

Ergebnis der Wahl des Stadtverordnetenverbandes, des Obmanns und des Stellvertreters des Obmanns.

Bei der Wahl des Stadtverordnetenverbandes für die Stadt Karlsruhe am 16. ds. Mts. wurden mit Annahme von 4 Jahren gewählt von der Wahltagliste

Nr. 4: Nat.-Soz. Deutsche Arb.-Partei:
1. Aullmann Eugen, Stubenrat und Stadtob., Gerantenstraße 10;
2. Dr. Anshub Rudolf, Rechtsanwält u. Stadtob., Kaiserstraße 114;
3. Martin Gustav, Steuerstreifer u. Stadtob., Bienenstraße 13.

Nr. 6: Kommunistische Partei:
1. Rappier Gustav, Schriftföher und Stadtob., Bismarckstraße 73.

Nr. 11 der 7 übrigen Parteien (Soz.-Dem. Partei, Zentrum, Csu. Volkspartei, Deutsche Volksp., Reichsp. D. D. Mittelstandes (Wirtschaftsp.), u. Reichsp. Deutsche Staatspartei, Deutschnat. Volksp.):

1. Rothweiler Emil, Steinbruder u. Stadtob., Soltenstraße 198;
2. Eißel Otto, Finanzrat u. Stadtob., Mathystraße 29a;
3. Fehsenfeld Eduard, Finanzrat u. Stadtob., Bachstraße 12;
4. Eisinger Friedrich, Gemeindef. Angest. und Stadtob., Baumwollstraße 43;
5. Scheller Albert, Fabrikant, Metzgerm. u. Stadtob., Darselstraße 26;
6. Belding Friedrich, Schlichter und Stadtob., Hallerstraße 51.

*Erfolgsnummer der Gewählten sind die nicht gewählten Bewerber der betreffenden Wahltagliste in der Reihenfolge ihrer Aufführung in der Wahltagliste.

Die Wahl des Stadtverordnetenverbandes wie des Stellvertreters nur je eine Liste eingegangen war, brauchte eine Wahl nicht stattzufinden. Es gelten vielmehr die beiden Begehrten als gewählt, nämlich von der Wahltagliste

Nr. 4: Nat.-Soz. D. Arb.-Partei:
als Obmann Eugen Aullmann, Stubenrat u. Stadtob., Gerantenstraße 10.

Nr. 11 der 7 Parteien: Soz.-Dem. P., Zentrum, Csu. Volksp., Deutsche Volksp., Reichsp. D. D. Mittelstandes (Wirtschaftsp.), u. Reichsp. Deutsche Staatspartei, Deutschnat. Volksp.:
als Stellvertreter des Obmanns Emil Rothweiler, Soltenstraße 198.

Die Wahltaglisten sind während einer Woche (vom 17. bis einm. 23. Dez. 1930) bei der Wahltagliste (Königsplatz, 95) während der üblichen Bürozeiten öffentlich ausgelegt. Innerhalb dieser Zeit kann die Wahl von jedem Wahlberechtigten wegen Beteiligung der gewählten Bewerber bei dem Oberbürgermeister oder bei der Staatsanwaltschaft schriftlich oder mündlich zur Niederlegung mit sofortiger Bezeichnung der Bewerber angefordert werden.
Karlsruhe, den 17. Dezember 1930.
Der Oberbürgermeister.

2 neue Weihnachtsbücher

unseres Verlags, in 2. Auflage (eben erschienen)

Miller Gise, Im Hause des Glodengiebers

Ein preisgekrönter Roman über die Mische.
Gebunden RM. 3.25.

Im Hause des Glodengiebers habe ich gelesen und gefeiert: Etwas so fein philosophisches und ungemein lustvolles und frohes, wie in dieser Erzählung, habe ich noch nie über die gemalte Erde gelesen. Ganz aus der Seele gesprochen, ganz wie ich es in 22jähriger Seelorge unter gemischten Verhältnissen immer und immer wieder habe erleben müssen.

Miller Gise, Die Latuhle

Kulturgeschichtliche Erzählung aus Ober-Sachsen.
Gebunden RM. 4.50.

Freud und Not erzählt die Verfallsgeschichte der Latuhle mit dem verborgenen Mitternachtsstern, ihrer Bewohner und ihres Schicksals, lebendig treten die Helden der Geschichte vor unsere Augen in ihrer Größe, aber auch in ihren Schwächen und Schwächen, so daß sich das Buch mit größter Spannung vom Anfang bis zum Schluß liest.

Badenia in Karlsruhe

Verl.-Ges. für Verlag u. Druckerei

39 Waggons à 10 000 Ltr.

allein zum Offen-Verkauf, lagern für uns in modern eingerichteten Kellereien und gewährleisten Ihnen eine **dauernd-gleichmäßige Qualität**



Teilansicht einer unserer modernen Kellereien

Zum Fest etwas Besonderes:

Rotwein offen **60** Liter

„Gute Weine“, das kann wohl jeder anbieten, aber nicht jeder liefern. Dazu gehört langjährige Erfahrung und die Möglichkeit, die Weine gut zu lagern und fachmännisch zu behandeln und dazu gehört weiter: **zur richtigen Zeit das Richtige kaufen**

Pfannkuch

Zum Weihnachtsfest

Weihnachtsseifen, Karton RM 1.- und 1.40
Feine Blumenseifen, Karton von RM 1.- an bis zu den feinsten Qualitäten
Kaloderma-Seife in Weihnachts-Ausstattung
Geschenkpäckchen von RM 1.- bis 14.-
Parfüms in einfachen und Luxus-Ausstattungen
Vogue-Parfüm
feiner Kämm-, Bürsten, Spiegel, Schwämme, Weihnachtskerzen und Christbaumschmuck

LUISE WOLF WVE
Karl Friedrichstraße 4 - Fernsprecher 2214

Statt Karten.

Danksagung.

Für die so überaus zahlreichen Beweise aufrichtiger Teilnahme, die einzeln anzuführen zu viele sind, beim Heimgang unseres nun in Gott ruhenden lieben Vaters

Karl Stüb

Ratschreiber i. R.

sagen wir auf diesem Wege tiefgefühlten Dank.

Besonders sei gedacht der aufopfernden Pflege durch die ehrw. Krankenschwestern während seiner Krankheit, der ehrenden und trostreichen Nachrufe am Grabe, sowie des schönen Grabgesangs durch Cäcilienchor und Männergesangsverein. Nicht minderen Dank sagen wir dem wohlwollenden Gemeinderat für die unentgeltliche Ueberlassung eines Grabplatzes.

Fleisingen, am 16. Dezember 1930.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Franz Stüb, Ratschr.

Danksagung.

Für die wohlthuenden Beweise aufrichtiger Teilnahme beim Heimgang unsrer lieben Mutter sagen wir Allen unsern herzlichsten Dank. Ebenso danken wir allen denen, die sich ihrer in ihren schweren Tagen in so liebevoller Weise angenommen haben.

Für die trauernden Hinterbliebenen:

Die Kinder:
Elisabeth Knab, Johanna Knab.

**Echter
alter
Malaga**
in Flaschen
und offen

CARL ROTH
DROGERIE
TELEFON 5189

Trauer-Drucksachen

Todesanzeigen
Dankkarten, Beileidskarten
Sterbekarten, Nachrufe

empfiehlt bei rascher Bedienung
sauber und billig

Badenia A.G., Karlsruhe

Steinstraße 17-21

HANDEL - WIRTSCHAFT - VERKEHR

Das Schuldenwesen der Gemeinden

Reichsfinanzminister Dietrich äußert sich im B. T. über die Neuordnung der Richtlinien für das Schuldenwesen der Gemeinden u. a. wie folgt:

Die Verhandlungen mit den Regierungen der Länder über die neuen Richtlinien für das Schuldenwesen der Gemeinden sind abgeschlossen. Die Richtlinien sind am 3. d. M. vereinbart worden. Der Neugestaltung der Kreditüberwachung kam ein wesentliches Moment zu Hilfe: das Wiedererlangen des Gefühls für die eigene Verantwortung bei den Gemeinden, nicht nur gegenüber ihrer eigenen Kreditwirtschaft, sondern auch gegenüber den Kreditbedürfnissen der Gesamtheit.

Die neuen Richtlinien finden übereinstimmend für Inlands- und Auslandsanleihen Anwendung. Anleihen und Darlehen von Gemeinden dürfen nur zur Deckung außerordentlichen Bedarfs und im allgemeinen nur für verbundene Zwecke aufgenommen werden. Ihre Rückzahlung bei Fälligkeit muß gesichert sein. Der vorherigen Genehmigung der Landesregierung sollen die Gemeinden künftig nicht nur zur rechtswirksamen Aufnahme von Anleihen und Darlehen bedürfen, sondern, was bisher nur einzelne Landesrechte kannten, auch zur rechtswirksamen Übernahme von Bürgschaften und Garantien sowie zur rechtswirksamen Übernahme anderer Sicherheiten.

Umgebungsgeschäfte unterliegen ebenso wie die von ihnen verdeckten Kreditverträge der Genehmigung der Landesregierung.

Das Genehmigungsrecht der Länder ist unangetastet geblieben.

Bei den

Auslandsanleihen

und Auslandskrediten wird grundsätzlich an der bisherigen Regelung festgehalten; die Beratungsstelle bleibt bestehen. Zwei Änderungen von Bedeutung sind indes hier vorgenommen. Auch die Beratungsstelle soll in Zukunft von der Prüfung des Verwendungszweckes dann absehen, wenn die Landesregierung erklärt, daß der Verwendungszweck den Anforderungen der Richtlinien entspricht. Die zweite Änderung besteht darin, daß für die Kommunen zwei kommunale Finanzsachverständige der Beratungsstelle hinzutreten.

Bei den für den öffentlichen Markt bestimmten Inlandsanleihen liegt die Prüfung der Bedingungen in erster Linie den Gemeinden selbst ob, die sich zu diesem Zweck bei ihren kommunalen Reichsspitzenverbänden in sogenannten

zentralen Kreditausschüssen

zusammengeschlossen haben. An den Beratungen dieser Kreditausschüsse werden je ein Vertreter des Reichsministers der Finanzen, des Reichswirtschaftsministers, des Reichsbankdirektoriums und der zuständigen Landesregierungen teilnehmen.

Es ist zu hoffen, daß bereits in diesen Kreditausschüssen alle Anleihevorfälle ausgesondert werden, die der notwendigen Rückbildung des Zinsfußes, der Erleichterung der Kreditbedingungen abträglich sind und dadurch den Kapitalmarkt unruhigen könnten, oder die, sei es auch nur im Augenblick, eine zu starke Inanspruchnahme des Kapitalmarktes bedeuten. Gelingt dies ausnahmsweise nicht, so kann von Reichs wegen eingegriffen werden. Einem befürwortenden Gutachten des zentralen Kreditausschusses kann der Vertreter des Reichsministers der Finanzen widersprechen. Die Landesregierung kann dann die Anleihe nicht genehmigen, bevor sie sich mit dem Reichsminister der Finanzen in Benehmen gesetzt hat.

Bei dieser Regelung ist dem an sich berechtigten Verlangen der Gemeinden, es ihrer Selbstverantwortung zu überlassen, in ihren eigenen Reihen die Ordnung zu halten, die sie nicht nur ihrem eigenen Ansehen, sondern auch der Gesamtwirtschaft schuldig sind, Rechnung getragen. Auf der anderen Seite ist das Recht der Reichsstellen, auf denen letzten Endes die Verantwortung für Wirtschaft und Währung lastet, nicht beeinträchtigt. Mit Hilfe des in die Hand des Vertreters des Reichsministers der Finanzen gelegten Widerspruchsrechtes besteht für sie die Möglichkeit, jedem aus finanz- und währungspolitischen Gründen wirklich bedenklichen Anleihevorfälle entgegenzutreten und ihre Bedenken der Landesregierung, die die Anleihe zu genehmigen haben würde, erforderlichenfalls mit dem gebotenen Nachdruck zur Kenntnis zu bringen.

Die Neugestaltung der Richtlinien ordnet sich in das Bestreben der Reichsregierung ein, die Gemeinden in ihrer Selbstverwaltung zu schützen, wo sie zur Selbstverantwortung bereit sind und daraus auch die Folgerung der Selbstbeschränkung ziehen, die der herrschenden Not entspricht. Die Sorgsamkeit der Kreditgeberung wird auch für die mit eigener Rechtspersönlichkeit ausgestatteten kommunalen Versorgungsbetriebe gelten müssen. Soweit sie Kredite für die Gemeinden selbst beschaffen, gleichviel in welchen Formen und auf welchen Wegen, werden die Bestimmungen der Richtlinien wirksam. Im übrigen sind sie vorläufig in die Regelung nicht einbezogen. Geplant ist die vorläufige Regelung nur als eine Übergangsregelung bis zum 1. April 1933. Möge sie die letzte Etappe sein, nach deren Zurücklegung die Richtlinien und die Beratungsstelle der Geschichte angehören, weil die Notwendigkeit ihrer Beibehaltung weggefallen ist.

Wirtschaftsschau

Der Schiedspruch im Bankgewerbe

Die Vertrauensleute des Deutschen Bankbeamten-Vereins Zweigverein Karlsruhe lehnen dem am 10. Dezember 1930 gefällten Schiedspruch einmütig und mit aller Entschiedenheit ab. Neben der in keiner Weise durch die Lage des Bankgewerbes gerechtfertigten Kürzung der Tarifgehälter um 5 Prozent, die außerordentlich stark unter denen der vergleichbaren Staatsbeamten liegen — bis zu 25 Prozent ohne Berücksichtigung der neugeplanten Gehaltskürzungen —, sieht der Schiedspruch außerdem noch den Ausfall des automatischen Aufwands für 1931 vor. Durch diese ungeheuerliche Zumutung sollen die Gehälter eines großen Teils der Bankangestellten tatsächlich bis zu 15 Prozent und darüber gekürzt und dadurch die Lebenshaltung derselben in unerträglicher Weise noch weiter herabgedrückt werden. Die Versammlung weist daher diesen Schiedspruch, der in den Augen der Uneingeweihten sogar für günstig angesehen wurde, mit aller Schärfe zurück und stellt die Forderung an das wohl als neutral anzusehende Reichsarbeitsministerium, daß diese ungeheueren Verschlechterungen in Nachverhandlungen zu Fall gebracht werden, da sie in den Verhältnissen des Bankgewerbes keinerlei Begründung finden und sich im übrigen nur schädigend auf die gesamte Volkswirtschaft auswirken werden.

Weitere Erleichterungen im Bezug von Tabaksteuerzeichen

Der Reichsminister der Finanzen hat zur Ermöglichung eines normalen Weihnachtsgeschäftes durch Verfügung vom 4. Dez. angeordnet, daß die Hauptzollämter den Normalbedarf an Tabaksteuerzeichen für den Monat Dezember 1930 in der Weise feststellen sollten, daß sie von dem Steuerzeichenwert der in den einzelnen Betrieben im letzten Viertel des Kalenderjahres 1929 bezogenen Steuerzeichen für Zigarren diejenigen Steuerzeichen in Abzug bringen, die in den Monaten Oktober und November 1930 zur Versteuerung von Zigarren bezogen worden sind. (Siehe Handelsstell. in Nr. 388.) Diese Verfügung ist, wie uns die Handelskammer Karlsruhe mitteilt, inzwischen durch weitere Anordnung ergänzt worden, durch die gestattet wurde, bei der Entnahme der Steuerzeichen zu dem Steuerwert der letzten drei Monate des Jahres 1929

einen Zuschlag von 10 Prozent

zu nehmen. Sodann hat der Reichstag folgenden Antrag Dr. Schneider (Dresden) und Fraktion angenommen: „Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, die Hauptzollämter anzuweisen, von Satz 2 der Bestimmungen über die Kontingentierung der Tabaksteuerzeichen (Verordnung des Reichspräsidenten vom 1. Dez. 1930, Zweiter Teil, Kapitel III, Artikel 1 unter IV) einen weit entgegenkommenden Gebrauch zu machen und den Bedarf der Betriebe an Steuerzeichen für Dezember so zu bemessen, daß keine Schädigungen des Absatzes und der Beschäftigung eintreten.“

Stillelegungen in der badischen Tabakindustrie.

Im Gesamtbezirk Bühl wurde ungefähr 800 Arbeitern gekündigt. In Seelbach und Schutterloh (Bezirk Lahr) wurden die Betriebe am Samstag geschlossen, wodurch über 1000 Zigarrenarbeiter verdienstlos werden. In Freistett werden nach Weihnachten sämtliche Betriebe schließen und dadurch über 300 Arbeiter arbeitslos. Die Zigarrenfabrik P. J. Landfried-Heidelberg hat ihren Betrieb in Raumberg stillgelegt und ihre sämtlichen 200 Arbeiter entlassen. Auch die übrigen Filialen dieser Firma im Bezirk, so in Dielheim, Mühlhausen und Rot haben die Produktion eingestellt, so daß insgesamt über 800 Zigarrenarbeiter im Wieslocher Bezirk brotlos wurden. — Es drücken sich in diesen Stillelegungen die Schwierigkeiten aus, in die die Tabakindustrie durch die Zollerhöhungen gekommen ist.

Die Sturmschäden und der Holzmarkt

Der gewaltige Sturm in der Nacht vom 22. auf den 23. November hat besonders in Süddeutschland und der Schweiz Verheerungen angerichtet. In Baden verteilt sich der Schaden erfreulicherweise mehr oder weniger gleichmäßig über das ganze Land. Besonders betroffen wurden einzelne Teile der Bodenseegegend, der Baar, des südlichen und nördlichen Schwarzwaldes, der Umgegend von Pforzheim, Karlsruhe und Bruchsal. Ein glücklicher Umstand ist es, daß der Schaden vor dem eigentlichen Beginn der Winterfällung eingetreten ist, sodaß es möglich wird, im allgemeinen den Holzanfall durch Umstellung der Hiebsabsichten auszugleichen. Die Forstverwaltungen haben Maßnahmen getroffen, um eine ungünstige Auswirkung auf den Holzmarkt zu verhindern. Der gewaltsame Anfall wird an den normalen Hiebs eingespart werden. Anders lautende Nachrichten müssen als unrichtig bezeichnet werden.

Vergleichsverfahren. Die Deutsche Wohnungsbau-Gesellschaft (Dewoge) in Lörrach ist durch Fehlspekulationen und infolge der schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse in Schwierigkeiten geraten. Eine auf den letzten Sonntag einberufene außerordentliche Generalversammlung hat beschlossen, ein Vergleichsverfahren durch das Gericht einzuleiten zu lassen. Ein Gesamtüberblick über Aktiva und Passiva sind bis zur Stunde noch nicht zu erhalten.

Börsen

Berlin, 16. Dez. Die Börse eröffnete auch heute noch in eher schwächerer Haltung. Vormittags verstimmte der enttäuschende Verlauf der gestrigen New Yorker Börse und der Enquete-Bericht der Eisenindustrie. Die Vertagung der Lohnverhandlungen im Ruhrbergbau sowie die immer neuen Schwierigkeiten von Bankfirmen in New York und Paris waren gleichfalls Nachrichten, die zur Zurückhaltung mahnend. Auch die Ermäßigung des Exportkupferpreises auf 10,80 Dollarscents drückte auf die Kupferwerte. Eine Anregung erhoffte man von der heutigen Generalversammlung des Zentralverbandes des Bank- und Bankiergewerbes. Zu den ersten Kursen lag wieder Auslandsangebot vor, doch hielten sich die Verluste in mäßigen Grenzen, da die Banken Interventionsneigung bekundeten. Über den Rahmen von 1-2 Prozent hinaus verloren Hirsch Kupfer 2 1/2 Prozent, Hotelbetrieb 3 Prozent, Dtsch. Linoleum 3 1/2 Prozent und Thür. Gas 5 1/2 Prozent. Für letztere hat das Interesse nach der gestrigen Generalversammlung offenbar stärker nachgelassen. Reichsbankanteile und einige Elektropapiere, für die sich Schweizer Nachfrage geltend machte, eröffneten relativ fest.

Im Verlaufe wurden größere Deckungen vorgenommen, die das Kursniveau um 1-3 Prozent hoben. Ein besonderer Grund für die Festigkeit war nicht ersichtlich, anscheinend reiste das oben erwähnte Eingreifen der Banken an und veranlaßte die Spekulation zu Käufen. Für Gerüchte, die von einem Ableben Poincarés sprachen, war eine Bestätigung bisher nicht zu erlangen. Zellstoffverein wurden im Verlaufe plusus an die Makertafeln geschrieben und notierten 45,50 nach 43,50. Reichsbank, Polyphon, Siemens, Salzdetfurth, Chade und Bemberg fielen durch 8-9prozentige Besserungen auf.

Anleihen gut behauptet, Ausländer kaum verändert, Anatolier anfangs etwas freundlicher, später wieder abbröckelnd. Pfandbriefe sehr uneinheitlich, Liquidationspfandbriefe stark schwankend und bis 1 Prozent nach beiden Seiten verändert. Goldwerte eher angeboten, Industriebobligationen etwas freundlicher, Reichsschuldensforderungen ca. 1/2 Prozent schwächer.

Frankfurt a. M., 16. Dez. An der Abendbörse konnte sich die freundlichere Stimmung erhalten und die Spekulation schritt auf dem niedrigen Niveau weiter zu einigen Deckungen, zumal auch einige Kaufordres vorgelegen haben sollen. Auch die eher etwas festeren New Yorker Anfangskurse trugen zur Besserung der Stimmung bei. Das Geschäft war jedoch im allgemeinen nicht umfangreich. Die Kursbesserungen betragen gegenüber dem Berliner Schluß bis zu ca. 1 Prozent. Im Vordergrund des Interesses standen I. G. Farben, Montanaktien und die Mehrzahl der Elektrowerte. Deutsche Anleihen waren vernachlässigt, von Auslandsrenten bestand nach Turken einige Nachfrage. Der französische Franken notierte amtlich 16,481.

Warenmärkte

Berliner Produktenbörse vom 16. Dez. Weizen, märk. 245 bis 247, Dez. 262, März 274, Mai 284-283,75, Roggen, märk. 156-157,50, Dez. 176,50, März 185, Mai 192, Braugerste 202 bis 219, Ind- und Futtergerste 190-194, Hafer, märk. 141-147, Dez. 169,50, März 171-170, Mai 180,50-180, Weizenmehl 29 bis 36,75, Roggenmehl 28,60-26,75, Weizenkleie 9,75-10,25, Roggenkleie 9-9,50, Viktoriaerbsen 24-31, Kleine Speiseerbsen 23-25, Futtererbsen 19-21, Peluschken 20-21, Ackerbohnen 17-18, Wicken 18-21, Rapskuchen 9,20-9,00, Leinkuchen 15,20-15,50, Trockenschnitzel 5,50-5,90, Soyaextraktionsschrot 12,90-13,20, drahtgepreßt, Roggenstroh 0,70-0,80, dito Weizenstroh 0,60-0,70, dito Haferstroh 0,60-0,70, dito Gerstenstroh 0,60-0,70, gebund. Roggenlangstroh 0,75-0,95, bindfadengepreßt, Roggenstroh 0,70-0,85, dito Weizenstroh 0,60 bis 0,75, Häcksel 1,45-1,60, handelsüb. Heu, ges. trocken 1,30 bis 1,70, gutes Heu (erster Schnitt) 1,80-2,30, Thymotee, lose 2,85-3,15, Klechue, lose 2,60-3,00, Miellitzheu, lose (Warthe) 1,60-1,80, dito (Havel) 1,20-1,50, drahtgepr. Heu in Pfg. über Notiz 40.

Berliner Metallbörse vom 16. Dez. Elektrolytkupfer 100,50, Raffinadekupfer, loco 87-89, Standardkupfer, loco 85-85, Standard-Blei per Dezember 28-30, Original-Hütten-Aluminium 170, desgl. in Walz- oder Drahtbarren 174, Banka-Straits, Australzinn in Verkäuferswahl 112, Reinnickel 850, Antimon-Regulus 55-57, Silber in Barren ca. 1000 fein per kg 45-47, Gold Freiverkehr per 10 Gramm 28-28,20, Platin Freiverkehr per 1 Gramm 8-8.

Pforzheimer Schlachtviehmarkt vom 15. Dez. Aufgetrieben waren 545 Tiere und zwar: 8 Ochsen, 19 Kühe, 87 Rinder, 21 Ferkel, 8 Kälber, 434 Schweine. Marktverlauf: mäßig belebt. Ueberstand: 10 Stück Großvieh, 19 Schweine. Preise für ein Pfund Lebendgewicht: Ochsen a 50-54, b 46-49, Ferkel a 49, b und c 47-45, Kühe a 41, b und c 37-33, Rinder a 54-57, b 48-51, Kälber b 68-72, c 62-66, Schweine b, c und d 65-67. Die Preise gelten für nüchtern gewogene Tiere und schließen sämtliche Spesen des Handels ab. Stall für Fracht, Markt- und Verkaufskosten, Umsatzsteuer, sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein, müssen sich also wesentlich über den Stallpreis erheben.

Vom Tabakmarkt. In Spöck wurde am Mittwoch mit dem Verkauf des Nachtabakes begonnen. Der Preis je Zentner beträgt 60 und 62 RM. Verkäufe wurden nur durch freie Tabakpflanzer getätigt.

Ph. Bader, Nachf. Nicolaus Wolff Kohlen — Koks — Holz

Fernspr. 1 91

G. m. b. H.

Amalienstraße 83

JETZT kaufen!



**Was zerbrichst du dir den Kopf??
du findest alles doch bei Knopf!**

Schöne u. praktische Geschenke!

- Zwiebelbehälter Delft-Decor . . . 1.45
- Konsole mit Schöpfer, Delft-Decor . . . 1.20
- S.S.S.-Garnitur Delft-Decor . . . 2.95
- Salatselher Delft-Decor . . . 1.95
- 1 Satz Fleischhüfte 10.75
- Eßlöffel oder Gabel 90 Gr. versilbert . . . 1.50
- Eßmesser m. franz. Klinge 90 Gr. versilbert . . . 1.75
- Kaffeelöffel 90 Gr. versilbert . . . 75
- Etui m. 6 Kaffeelöffel Alpaka . . . 2.50
- Nußknacker vernickelt 75. 50. 38
- Zuckerzangen vernickelt . . . 50
- Elektr. Bügeleisen mit Zuleitung (Grossag) . . . 6.95
- Elektr. Kaffeemaschinen (Graetzor) . . . 47.50
- Nachtischlampen mit Sechenschirm . . . 5.75
- Kaktusständer farbig . . . 95
- S.S.S.-Garnitur mit Decor und Schrift . . . 1.95
- Handtuch-Halter Buche . . . 68
- Brotkörbe vernickelt . . . 95
- Schreibstischuhr Tier-Motiv . . . 4.95
- Rauchtischgarnit. Atellig . . . 95
- Tortenplatten mit Decor . . . 1.00, 1.00, 90

- Gebäckkasten mit Decor . . . 2.90
- Kaffeekann.-Unter-setzer mit Decor . . . 60
- Schreibzeug farb., mit Kalender . . . 1.20
- Damenschuhe moderne Ausführungen. Lack u. farbig, L. XV. od. Blocksch. 9.75, 7.90, 5.90
- Herrenschuhe gute Paßformen Sport- Röhren- schuhe u. vesuan 9.75, 11.50, 7.50
- Kinder- und Mädchen-Schuhe in großer Auswahl 31/35 7/30 23/26 20/22 5.50, 4.50, 3.75, 2.45
- Flotte Filzhüte u. Kappen . . . 1.45
- Frauen-Filzhüte schwa z oder farbig 6.50, 4.50, 3.50
- Mod. Ansteckblumen in schön. Farb. 1.50, 90. 30
- Geschenkkarton 3 Stückeröffner 1.95, 1.45, 75
- Herrentücher Linon weiß u. weiß mit Rd. St. 45. 85. 25
- Linontücher kariert od weiß mit Rand . . . 95
- D-Stickeröffner versch. Ausführungen 45. 85. 20
- Crêpe de Chine-Schals mod. Muster, Stück 1.45
- Fichus Kunstseidenrips mit Spitzen garniert . . . 85
- Bunte Lavalliers Stück 95
- Garnitur Kunstseiden-rips mit Zackenlitze . . . 1.65

- Pelztier-Collier verschied. Fellarten 18.50, 13.50, 9.50
- Pelzkragen für Frauen 24.50, 18.50, 12.50
- Fuchsform verschied. Fellarten . . . 12.50
- Handtasche 24 cm mit neuartigen Drehhebel-Verschluß und 4 teiler Einrichtung 4.50
- Handtasche ca. 24 cm mit Dreh- und Reißverschluss 4.90
- Stadtkoffer Vulkanisierte Hartplatte, durchschneider Deckel 40 cm . . . 3.50
- Coupe-Koffer gearbte weiterfeste Hartplatte, 70 cm 5.50
- Geldbeutel echt Saffian ech R. nleder . . . 95
- Brieftasche echt Saffian od. Rindleder 3.90 2.90
- Kragenbeutel Leder, in schönen Farben 3.50
- Reise-Necessaires Leder, mit reichl. Füllung 4.90
- Aktenmappe Rindleder 40 cm, mit 2 Sc. Lösern 4.50
- 2 Seifen, 1 Parfüm Heliotrop im Geschenkkarton 45
- 3 Seifen einzeln gepackt, in Lavendel, Flieder . . . 50
- 1 Fl. Eau de Cologne u. Seife im Carton . . . 95
- Taschenmanicure in versch. Ausführung, 2.75 1.50 95
- Taschentouillettes mit Silberkamm in Moiré 3.75 2.90 1.95
- Damen-Selbstbinder in schön. Farben St 50

- Handspiegel Facette massiv Celluloid, oval 4.50 3.50 2.50
- Bürstengarnituren in weiß u. Havanna 5.25 3.75 2.45
- Nachthemden in weiß od. bunl . . . 1.75
- Nachthemden Langarm, mit schöner Stücker-Westen 4.55 3.75
- Kunstl. Unterkleider Charmeuse, mit elegant. Spitzen-garniturung . . . 3.25
- Bettjäckchen Reine Wolle, in weiß od. farbig 6.75 4.95
- Schlafanzüge farbig Batist, große Auswahl 4.75
- Frottehandtücher in weiß od. farbig, gute Qualität 1.45 95. 75
- Strumpfh.-Gürtel Broche mit 4 Haltern . . . 1.43 95
- Büstenhalter Kunstseide, zum Schließen oder Rückenschluß 1.25 95. 60
- Damen-Schürzen aus Satin oder Trachtenstoffen moderne Muster . . . 1.95 1.45
- Damen-Mäntel aus gutem Zeir, alle Größ. 3.75 2.75
- Flottes Tweedkleid Rock mit Faltengruppen, weiße Ripsgarnitur . . . 9.75
- Engl. Mantel engl. gemusterter Stoff Rücken mit Falten garnitur, z. Teil auf Futter mit Pilsch- u. Pelzkrag 18.50

- Damenkleid Wachsam! flotte neue Form mit Glockenschößen und gesticktem Seldenkragen . . . 14.50
- Morgenröcke in Flausch, Trikot, gesteppter Seide enorm große Auswahl, Flauschröcke von 2.75 an
- Paradekissen mit Spitzen u. Einsatz, Stück 2.45 1.85
- Teegedeck mit 6 Servietten, weiß mit faro. Kante Stück 4.50
- Tischdecke 13 x 19 13 x 20 moderne Druckmuster 2.95 2.45
- Bett-Garnitur mit Stücker-Einsatz, bestehend aus 1 Oberbett 150/250 u. 1 Kissen 7.95
- Damas-Bettbezüge 130/190, außerord. billig 6.50 4.50 3.95
- Kind-Garnituch, Trikot mit kunstseid. Decke, Verschlus mit Perlm.-Knöpfen des. Gr. 1 Paar Größensteigerung 15 Pfennig. 95
- Damen-Strumpfgamaschen mit kleinen kaum sichtbaren Färbungsmitteln in vielen Farben Paar 1.45
- Gamaschenhosen für Kinder, Trikot, mit gerauter Innenseite, Ineinander Setz u. Verarbeitig, in marine, beige, grau Gr. 2.95
- Damen-Westen mit Kragen und Gürtel, auch Russenorm, reine Wolle, in viel schönen Farben 11.75 8.9. 6.75
- Herren-Pullover mit Reißverschluss, schwere Jacquardware . . . 11.75 9.75 7.90

KNOPF

Weihnachts-Verkauf
in
Qualitätswaren

Die Preise sind durchweg den heutigen Verhältnissen angepaßt.

Überzeugen Sie sich durch einen Blick in meine acht Schaufenster.

Joh. Hertenstein
Inh. Fritz Kuch
Herrenstr. 25
Manufakturwaren
Streng reelle Bedienung.

10% Extrarabatt
gewähren wir bis Weihnachten auf sämtliche vorräte.

Kleinformel
Kleinformel in Stoff und Leder, Diele, Gardinen, Feuerherde, und einzelne Bücherschränke

Karl Thome & Co., Möbelhaus
Karlsruhe i. B., Herenstr. 23
gegenüber der Reichsbank.

Chaiselonguen
in verschiedenen Preislagen

Max Oswald Sattler und Poisterer
Schützenstr. 42 - Telefon 2384

4 Zimmer-Wohnung
Sechsbademeier, in Freiburg im Breisgau Familienhaus (Reubau) auf 1. April im vermieren. Zentralheizung, Warmwasser, bettes komplett. Aufschreiben unter 6950 an die Gefährtsstelle erbeten.

Baue mit der Schaffer-Gilde

Eigenheim
billiger

Du wohnst im mit großem Garten in der 5-6 Zimmerwohnung e. nchl. Verzinsung u. Tilgung der Hypothek und den Betriebskosten für ein Kleinauto als in der gleichgroßen Wohnung in der Stadt.

Nähere Auskunft:
Schafer-Gilde, e. G. m. b. H.
Lammstraße 11 - Telefon 7222

Jhren Bedarf an
Holz - Kohlen - Koks - Union-Briketts
bei
Franz Ochs, Holz- und Kohlenhandlung
Gellertstr. 26 - Telefon 710 - Gellertstr. 26
Billigste Berechnung - Prompte Bedienung

Badisches Landestheater
Wittmoß, 17. Des.
Auser Riese.
Der listige Krieg

Operette von Johann Strauß.
Dirigiert: Arip. Regie: Dr. Waag. Mitwirkende: Blum, Seibner, Hüb, Kurz, Lindemann, Hoffmann, H. Ribi-nius, Lubow, Bronb, Polpad, Rainbad, Ste-fer, Rieckel, Bette, Krentwig, Hindemann, Rabinus.

Anfang 20 Uhr.
Ende 23 Uhr.
Preise 5 (1-7 RM.).

Do., 18. 12. Bar u. Simmermann. Fr., 19. 12. Das Leben der Frauen. Sa., 20. 12. nachmittags: Der große Christop; abends: Die Riebelungen 8. Abteilg. So., 21. 12. nachmittags: Der große Christop; abends: Gar-men. Im Sommerhaus: Meine Schmeier und ich. Mo., 22. 12. Die Riebelungen 8. Abteilg. lang.

Oberhemden
weiß, sch. ne Qualität . . . 3.75
farbig, neueste Trikot- u. Popelinsstoffe 7.75
Selbstbinder . . . 75, 1., 1.50, 2.25

Boländer
DAS HAUS DER GUTEN WEIßWAREN

Kaffee Bauer
Heute Mittwoch, 20.30 Uhr
I. Sonderkonzert
der
Kapelle Franz Osenege

Aus dem Programm:
Overture zu Mignon Thomas
Fantasie aus Lohengrin Wagner
Legende für Wieniawski Kreisler
Caprice chinois Violine Kreisler

Solist:
Kapellmeister Franz Osenege

Ihr Sorgenkind -
die Registratur! . . . Nie auf „Anhieb“ alles auf-findbar, schwierigere Firmennamen, wie z. B. Berliner Brauerei A.-G. vorm. Berthold & Co., schon garnicht. Woran liegt das? Weil in vielen Betrieben die Registratur noch nicht nach klar-geplantem organisatorischem Prinzip aufgebaut ist. Stellen Sie ihre Registratur auf „Fort-schritt“-Hänge-Ablage um! Nur dann kann aus-schüre: „Rationelles Rationalisieren“ gibt Ihnen für die Einrichtung der „Fortschritt“-Hänge-Ab-lage praktische Ratschläge - kostenfrei durch die autorisierte „Fortschritt“-Verkaufsstelle:

Fortschritt
Otto Lampson, Karlsruhe
Lammstraße 13 - Telefon 508

Uhren u. Goldwaren
konkurrenzlos billig nur im Sonder-Verkauf bei Uhrmacher **M. Engelberg** 28 Kaiserstr. 28 neb. Hotel Excelsior

Biedermeiermöbel
Stühlen mit Schiele-feldman, Bücher-schränke, Schreibe-tische, Kommoden, Drehtische, Kabinette billig zu verkaufen.
Auf. 31. 11a.

Back-Artikel
empfehle alles in frischer, guter Ware zu bekannt abgeh. Preisen.
Christb'schmuck in großer Auswahl
Bernh. Oser
Waldstraße 5 - Telefon 4551

Japan-, China- u. Orientwaren
Geschenk-Artikel in jeder Preislage
Japan-Tassen Japan-Service
Porzellan: Vasen - Urnen - Dosen - Platten
Lackholzwaren: Kasten - Tablett - Cabinet
Rauchtische - Rauchs-service - Moccamin
Basttschalen u. Taschen - Marokko-Lederwaren

Wilkendorf's Importhaus, Passage 15

Maisch Wäscht Wäsche

1 Trocken gewogen 20 Pfund Mk. 2.-, jedes weitere Pfund 10 Pfg.
Langestr. 18 (Rüppurr), Tel. 3675 - Steinstr. 19, Tel. 3285

Gerichtliche und außergerichtliche **Vergleiche**
Vertretung bei den Finanzämtern
F.W. Wörner beoid. Buchsachverständiger
Kaiserstr. 239 gegen'ber dem Notariat
Telefon 47 7

Harmoniums
Erfolgreicher, fahn. Zug-Überzieher. Wabarheit, mittl. Prei, fast neu, mit Seiten-tast, für 900,- 35,- abzugeben. S g e l. Gerrenstraße 20, 1. Et.

H. Maurer
Kaiserstraße 176
Katalog, kostenlos.

4111-Betten
Stuhl u. Holz Polst. Stuhl in n. kind. Maßstab, an-nehmlich, Katal. 7. jeden 2. w. br. 1. 1. 1.

Tanz-LEHRINSTITUT BRAUNAGEL
Nowacksanlage 13
Telephon 5339
Anfang Januar Beginn neuer Kurse
Einzelunterricht und Abend- oder Fern-

Das Bankhaus
Veit L. Homburger
Kaiserstr. 11, Karlsruhe - Kaiserstr. 11
Telefon: Ortsverkehr 35, 36 4391 4392, 4393, 4394, 4395, 4396, 4397
besorgt alle in das Bankfach ein-schlagenden Geschäfte.

Postkarten
für Handschrift u. Maschinenschrift liefert in bester Ausführung
Badenia A.G., Karlsruhe
Steinstraße 17 - 21